

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag N. Sedlářova n.č. 32. **Stempel 70 Heller.** **Bezugsbedingungen:** Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16— Kz, Telefon 8795, nachts 8797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. **Wochensatz 48— Kz, halbjährig 96— Kz, ganzjährig 192— Kz für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 16— Mk.** Postpartafantato 57544. **Ercheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.**

Am Tage des 28. Oktober. Die große Entente nur für die Entfernung der Habsburger.

Das tschechische Volk feiert heute sein Befreiungsfest. An jenem 28. Oktober 1918 ward es aller Fessel frei, mit denen es Jahrhunderte lang Habsburg umschlungen hat, an diesem denkwürdigen Tag wurde sein Traum, seine Hoffnung, seine Sehnsucht, zur Eigenstaatlichkeit wiederzuerwachen, erfüllt. Was ihm einst Habsburg mörderisch geraubt hat, nationale Freiheit, das fiel ihm mit der Machtlosigkeit Habsburgs und der Uebermacht der Sieger, denen sich die Tschechen bei Zeiten zugesellt haben, reichlich zu. Sie konnten sich ihren Staat nach ihrem Willen als den besten und demokratischsten einrichten und die entchwundene Staatsherrschaft in neuem Glanz ersehen lassen. Doch sie taten mehr. Sie befreiten sich nicht allein, sie unterwarfen sich dazu noch einige Millionen Andersnationaler. Sie, die das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nahmen, verweigerten es dreieinhalb Millionen Deutschen; und mit denselben Waffen, mit denen sie einst ihre Freiheit miterkämpft haben, hielten sie fünf Millionen Menschen nieder, die auch nichts anderes erstrebten als einst die Tschechen.

In den drei Jahren, die dem Befreiungstag der tschechischen Nation folgten, ist es den Tschechen gelungen, ein Staatswesen aufzurichten, das Dank dem natürlichen Reichtum des Staatsgebietes und des Arbeitseifers seines arbeitenden Volkes dem Zusammenbruche fern ist als Deutschland, Deutschösterreich und Polen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei waren es vorzugsweise, die trotz der schweren Nachkriegskrisen der Aufrechterhaltung und Erhaltung des Staates zu Hilfe kamen. Nicht der eiserne Wille einer Nation allein kann ihr ihren Staat geben und erhalten, wenn das Fundament des Staates, seine Volkswirtschaft, brach gelegt wird. Aber um den Staat zu einem wohlthätigen, demokratischen Gemeinwesen auszubauen, ist der freudige Wille aller Bürger zum Staate vonnöten. Die Tschechen haben ihrer Untreue gegen ihre eigene Vergangenheit, der Unterwerfung anderer Völker, keine Treue zur Demokratie hinzugefügt. Sie haben nicht um die staatsbildenden Kräfte der Unterworfenen geworben, sondern sie haben Vieles und darunter auch manches Kleinliche getan, um die anderen Völker im Staate abzustößen. Nur als ein Symptom einer undiplomatischen Kleinigkeit sei hier angemerkt, daß es seit dem Umsturz in Prag noch immer behördlich verboten ist, deutsche Firmenschilder auszuhängen. Aber man muß nicht von einzelnen Symptomen sprechen, wenn die Krankheit so offensichtlich zu Tage liegt wie an diesem Staate. Der Nationalitätenstaat, der sich widernatürlich als Nationalstaat gebärdet, muß auf die Dauer in eine nationalitische Hysterie verfallen; und dieses Leiden stört eben alle Bürger dieses Staates, die Leidenden und die in Mitleidenschaft gezogenen.

Bielleicht ist es das klarste „Bekentnis“ zum Staate, wenn man an seine Heilung denkt. Und wir weisen ihm seit drei Jahren diesen Weg. Solange ist jede Berufung auf Demokratie, Freiheit und Staatsbürgerrecht eitles Geschwätz, solange nicht die Völker dieses Staates ihre ureigensten Angelegenheiten selbst ordnen können, sondern sich von der Bürokratie des tschechischen Bürgertums regieren lassen müssen. Solange das tschechische Volk sich als Gendarm und nicht als Schicksalsgenosse der anderen Völker dünkt, so lange bleibt es der Gefangene seiner Gefangenen. Die wahre Befreiung, die Demokratie, die Selbstverwaltung, die nicht erst durch ein ganzes Heer von Bürokraten und

Aus Belgrad und Budapest liegen Depeschen vor, welche den Gegensatz zwischen dem Standpunkt der großen und der kleinen Entente, zwar verhüllt, doch zweifellos sinnfällig machen. Für London, Paris und Rom ist der Fall beendet, sobald Karl unschädlich gemacht ist. Belgrad und Prag haben daran nicht genug, sie wollen die imperialistischen Feudalen in Budapest beseitigt wissen. Am sichtbarsten wird die Differenz im Verhältnis der beiden Mächtegruppen zu der Vereinbarung von Venedig. Nach Belgrader Auffassung sind deren Vorteile für Ungarn verwirrt, nach dem Urteil Roms bestehen sie zurecht. Rom will eben die Ungarn nicht dauernd geschwächt wissen. Gute Rechner und geliebte Diplomaten, die sie nun einmal sind, werden die magyarischen Grafen den „König“ vermutlich glatt fallen lassen. Denn er war ihnen niemals Ziel, sondern immer nur Mittel zu dem höheren Zweck, die Oligarchie in Ungarn auszuhalten und ihre imperialistischen Pläne zu verwirklichen. Im Augenblick von Karls Auslieferung werden aber auch schon die Interessen der kleinen Entente und Italiens auseinanderklaffen, denn Italien braucht als Gegengewicht gegen die Jugoslawen, seine Rivalen an der Adria, ein starkes Ungarn und will erst recht nicht, daß lediglich ein völlig passives Ungarn zwischen den beiden Bundesgenossen Tschechen und S. S. S. liege. Ein Krieg der kleinen Entente gegen Ungarn ist nicht imstande, dieser Interessenspolitik Italiens eine andere Richtung zu geben, im Gegenteil, er müßte sie noch verschärfen. Deshalb erheben wir mit aller Kraft die Forderung, daß die kleine Entente durch Verhandlungen an ihr Ziel komme. Ihr Einmarsch in Ungarn könnte nur den Verdacht verstärken, daß sie machtpolitische Absichten verfolgen. Das Ziel einer Demokratisierung Ungarns wäre dadurch verschüttet, durch planvolles Zusammenwirken mit der großen Entente ist es, ohne daß Italien gereizt würde, wohl zu erreichen.

Karls Gefangennahme — für Jugoslawien kein Entspannungsgrund.
Wien, 28. Oktober. Von informierter jugoslawischer Seite wurde dem Vertreter des tsch. P. B. mitgeteilt, daß der Standpunkt Jugoslawiens gegenüber Ungarn unüberwindlich bleibt. Die Belgrader Regierung verharret bis zu den letzten Konsequenzen auf dem betretenen Wege, um endlich in der magyarischen Frage Klarheit zu schaffen und um in Mitteleuropa definitive Ruhe herzustellen. Die grundlegenden Forderungen, welche Jugoslawien vereinigen will, sind folgende: 1. Ungarn muß den Friedensvertrag von Trianon vollständig erfüllen, wobei unter den gegenwärtigen Umständen auf das Abkommen von Venedig keine Rücksicht genommen werden kann. 2. Ungarn muß seine Armee von 170.000 Mann unter der Kontrolle der kleinen Entente entlassen und ihren Stand auf 35.000 Mann verringern, wie dies der Friedensvertrag bestimmt. Die dritte Forderung, welche spezifisch jugoslawisch ist, besteht darin, daß Ungarn Garantien ganz anderer Art dafür geben müsse, daß es die aus

Bewaffneten unterstützt werden muß, die wirkliche Freiheit erlangt das tschechische Volk durch die Befreiung der anderen Völker dieses Staates aus seiner Oberherrschaft.

Die Tschechen rüsten sich, das ungarische Volk aus der Gewalt seiner Oligarchie zu befreien. Auch der König von Südslowakei will den Ungarn Demokratie bringen und der König von Rumänien wird doch sicherlich nicht zurückweichen wollen. Nach dem Er-

dem Friedensvertrage herborgehende Verpflichtung auf Lieferung von Kohlen aus dem Revier von Fünfkirchen erfüllt. Seitdem die magyarische Regierung Fünfkirchen und Baranha besetzt hat, hat Jugoslawien keine einzige Kohlenladung mehr erhalten.

Die Forderungen der großen Entente.

Budapest, 27. Oktober. (M. T. S. B.) Die hiesigen Ententevertreter haben dem Minister des Aeußern folgende, durch die Ag. Havas bereits angeforderte Note der Votschastertkonferenz überreicht. Die alliierten Mächte lenken die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung auf den Beschluß der Votschastertkonferenz vom 2. April. (Dies ist der nach den Osterereignissen gefasste Beschluß, wonach die Großmächte die Rückkehr Karls auf den ungarischen Thron weder gestatten noch dulden. Ann. d. M. T. S. B.) Die Alliierten stellen fest, daß der gewesene Herrscher an der Juridikforderung eines Thrones festhält, dessen Besitznahme durch ihn die schlimmsten Folgen für den Frieden Mitteleuropas bedeutet. Aus diesem Grunde fordern die Mächte die ungarische Regierung auf: 1. den Thronverlust des Exkönigs unverzüglich zu proklamieren und 2. die Person des Exkönigs, der den ungarischen Boden unter Bedingungen, die von den alliierten Mächten festgestellt werden, verlassen muß, in Sicherheit zu bringen. Die Mächte legen Gewicht darauf, schon jetzt zu erklären, daß, falls die ungarische Regierung den Bedingungen nicht entspricht, alle Verantwortlichkeit in Bezug auf die Einmischung der Nachbarstaaten und deren Folgen ablehnen.

Karls Gefangenschaft.

Budapest, 27. Oktober. (M. T. S. B.) Der Sonderzug, der den König und die Königin von Tata wegführt, ist Mittwoch, um 1 Uhr 25 in Eihany eingetroffen. Der König und die Königin wurden in Departements der Benediktinerabtei untergebracht. Die Halbinsel Eihany wird von Militärkordons abgesperrt. Auf dem Blattenice kreuzen Patronillenboote. Der Gesandte und bevollmächtigte Minister im Ministerium des Aeußern Kanha ist in Eihany eingetroffen, mit dem Auftrage, über die Modalitäten der Abdankung zu verhandeln.

Wieder ein Gewaltstreik des Heijas.

Wien, 26. Oktober. (tsch. P. B.) Dem Vertreter des tsch. P. B. wurde vom auswärtigen Amte bestätigt, daß Heijas die Abreise der Entente-Kommission aus Oedenburg in der Weise verhindert hat, daß er mit seinen Abteilungen den Bahnhof besetzte und die Abfertigung des Zuges unmöglich machte. Er erklärte, solange in Oedenburg zu bleiben, als nicht reguläre magyarische Truppen ankommen werden. — Heijas verfolgt damit die allgemeine Politik Magyariens, welche davon ausgeht, daß Oesterreich — obwohl es sich nicht so verhält — bereits den ihm zugesprochenen Teil des Burgenlandes in seine Verwaltung übernommen hat, daß also Magyariens im Sinne der Venediger Vereinbarung mit Recht Oedenburg und Umgebung besetzen kann.

possee des Dr. Beneš zu schließen, ist geradezu ein Wettlauf um die Demokratisierung Ungarns im Gange. Doch so sehr wir die Vernichtung des fluchwürdigen Systems wünschen, das ja in Ungarn geherrscht hat, so sehr fürchten wir, daß man dem schrankenlosen Horthysmus nicht durch die tschechischen, jugoslawischen und gar rumänischen Demokratie zu einer wahrhaft europäischen Demokratie wird wandeln können. Noch liegen uns die fraghaften Stimmen

tschechischer Chauvinisten im Ohr, die wir Mittwoch im Parlament hören mußten. Die wollen Demokratien aufrichten? Und heute: am Jahrestag der Befreiung des tschechischen Volkes werden Stimmen laut werden, die an die miltönigen Chöre der Augusttage des ungeligen Jahres 1914 schauerlich gemahnern. Und wir warnen wieder, immer wieder: Es gibt noch andere Mittel, die Demokratie zu gewinnen, als Maschinenengewehre und Säbiken!

Ja, wir müssen uns von der Gefahr Habsburgs befreien. So tief wirkt das Gift in dem Körper der befreiten Nationen noch, daß ihre Staaten oft nur miltönenen Absichten der zerborstenen Monarchie gleichen. Alle vormärzliche Figuren spielen auf den neuen historischen Bühnen: der Zensor, der politische Gefangene, der Gendarm und auch das Gottesgnadentum. Ein Stück Befreiung ist dem tschechischen Volke schon gelungen. Doch noch gilt es, immer mehr seinen starken Körper von habsburgischen Bakterien zu befreien. Auf dem Wege zu seiner Befreiung, die auch unsere ist, wollen wir ebendem sein treuer Begleiter sein!

Das Königsspiel in Ungarn.

(Von unserem ungarischen Mitarbeiter.)

Das Injzenieren und Rollenverfeilen haben sie bei uns immer verstanden. Und mehr als Injzenierung und Rollenverteilung ist der Kampf für und wider den Karlismus jetzt in Ungarn auch nicht. Gewiß, unter der Komparserie gibt es gar Viele, die das Spiel ernst nehmen, sich ernstlich für und wider Karl den Wohlthäter ereifern und hiefür auch mit Gut und Blut zahlen werden. Aber für die Hauptakteure ist Karl nur eine vorgegebene Kullisse, mit der sie ihre allerpersönlichsten Interessen maskieren.

Oder will man es wirklich ernst nehmen, wenn ein Graf Stefan Bethlen, gegen seinen „legitimen“ und „gekronten“ König, den er noch vor einigen Tagen in Fünfkirchen angehimmet und geradewegs zur Heimkehr aufgefordert, jetzt die Waffen leht und ihn verhaften läßt? Und ebenjowenig ernst zu nehmen ist es, wenn dieser Graf Bethlen, seinen langjährigen Freund und Partner im politischen Feudalspiel, den Grafen Julius Andraffy und dessen Gefolgschaft verhaften läßt. Schon deshalb nicht, weil Graf Bethlen und sein Außenminister Graf Banffy ganz ebenso tätigen Teil hatten an dem monarchistischen Restaurationsversuch, wie Graf Andraffy oder Stefan Rakobsk.

Als noch im Sommer gegen Stefan Friedrich die Anklage wegen Teilnahme an der Ermordung Lijas fallen gelassen wurde, geschah dies nicht nur mit Wissen, sondern direkt über Initiative der Bethlen und Banffy, die in diesem verwegenen Vurschen die richtige Kraft zur Organisierung des westungarischen Vandenkrieges erkannten. Dem Horthy war dies allerdings nicht ganz nach dem Geschmack. Die Beiden waren zu Beginn der Kontrerevolution diefreund gewesen, dann aber einander spinneseind geworden. Da nun Horthy diesen gefährlichen Feind, der gar manche nicht nur schmutzige, sondern auch blutige Geschichte von ihm zu erzählen gemußt hätte endgültig los werden wollte, wurde derselbe — auf des Horthy ureigenstes Betreiben — in den Nordprozeß mit einbezogen. Aber der glattrunzige Bethlen, der ebenso wie der Graf Banffy, sich auf überzeugte Antikarlisten und getreue Anhänger Horthys hinausspielten, mußten dem nicht

gerade sehr geistesgewandten Reichsverweser weiszumachen, daß das westungarische Abenteuer seinen schon stark verroteten Nimbus wieder auf den Glanz herrichten werde, den Friedrich aber werde man, wie schon einmal, zur richtigen Zeit wieder los werden. So kam Stefan Friedrich, der alleweil scharfer Antikarlist gewesen, nachdem er vorher — gewiß nicht um dem Bethlen unangenehm zu sein — sich zum Karlismus schärfster Tonart bekehrt hatte.

Das war die erste Etappe bei der Vorbereitung des Königsputsches.

Dann hieß es den Putsch innerpolitisch vorbereiten. Auch hierbei haben Bethlen und Andrássy gemeinsam die Karte gemischt. In erster Linie galt es den Widerstand der kleinen Landwirte zu brechen. In diesem Kampfe übernahm Stefan Rafovsky, der trotz seines Alters noch immer die Draufgängerrolle spielt — die Führung. Unter ausgiebiger Beihilfe Bethlens wurde der Ausfuhrpanamastandal gegen den Ackerbauminister und Führer der kleinen Landwirte, Kognatadi Szabo, injiziert und die ganze Sache geschickt so dirigiert, daß der Uebergang Szabos in die Opposition schon knapp bevorstehend war. Da dies eine Spaltung seiner Partei nach sich gezogen hätte, wäre damit das Uebergewicht der rein legitimistischen Andrássypartei (christlich-nationale Partei) erreicht worden und der Ernennung eines offen legitimistischen Kabinetts — wieder unter Vorbehalt Bethlens — nichts im Wege gestanden. Die Sache war schon so weit gediehen, daß von Seite der Andrássypartei schon bei der sozialistischen Partei, und sogar auch bei gewissen Emigranten Anbiederungsversuche gemacht wurden.

Die dritte zu lösende Aufgabe war die außenpolitische Vorbereitung des Königsputsches. Es hieß dem Außenminister Grafen Banffy zu viel Ehre angedeihen lassen, wollte man sagen, daß er diese Aktion geleitet hat. Hier hat die ganze ungarische Aristokratie nach den Weisungen Andrássys mitgearbeitet und die vielfachen aristokratischen Beziehungen, nicht nur nach Wien, München und Berlin, sondern auch nach London, Paris und Rom, wurden weiblich ausgenützt. Die Fäden, die von den Salons der Madame Fitz-James ausgesponnen wurden, haben auch gar so manchen mächtigen Diplomaten der großen Entente so fest umgarnt, daß man in Budapest schon seit Wochen in den Couloirs des Abgeordnetenhauses die Nachricht lancierte, daß bei der großen Entente so mächtige Kräfte für die Restauration Karls gewonnen seien, daß sogar Dr. Benesch in seinem Widerstande gegen den Karlismus irre geworden.

Daß Bethlen und die ihm beihilfenden ungarischen Politiker die ganze Aktion mit überaus großem Geschick geleitet, muß anerkannt werden. Ihre alleramüsanteste Leistung war aber die Belehrung Horthy's. Nachdem nur die größten Kälber, sich wählten die Schlächter selber, war dieser Mann natürlich der größte Gegner Karls, mit dessen Erstgeigen seiner eigenen Herrlichkeit ein Ende gesetzt gewesen wäre. Wie nun mit Intriguen, Drohungen, gröhleren und kleineren Schwindereien, der Horthy allmählich so weit zum Karlismus hingedrängt wurde, daß sein alter ego, der berühmte Nordgesele Pronay schon seiner Freude mit den Karlisten gemacht hatte, und durch ihn der Weg für einen Frieden zwischen Horthy und den Karlisten geebnet war, das wäre ein gar köstliches Thema für ein Intriguenlustspiel. Schließlich war Horthy tatsächlich so weit gebracht, daß Bethlen es wagte, vorige Woche in Fünfkirchen die karlistische Fahne offen zu entfalten und Horthy schon bereit war, demnächst ein offen karlistisches Kabinett zu ernennen.

Der Plan war nun folgender: Sobald er dieses Kabinett ernannte, sollte eine Ausschöpfung mit den Sozialisten, eine weitgehende Amnestie für die Emigranten erfolgen, und die sogenannten öffentlichen Freizeiten wieder hergestellt werden. Kurzum die Feudalherren wollten jetzt ebenso nach Außen hin Demokratie spielen, wie sie Jahrzehnte hindurch äußerlich Liberalismus spielten, während innerlich alles altfeudal blieb. Wenn mit diesem demokratischen Spiel der großen und der kleinen Entente genügend Sand in die Augen gestreut gewesen wäre, dann wäre Karlchen unter allgemeinem Jubel in Budapest eingezogen. Dieser famos ausgeheckte Plan aber wurde herborben, indem Karlchen, genial wie immer, zu früh am Platze erschien.

Wer kann nun nach alledem ernstlich an den Kampf der jetzigen Regierung gegen Karl und die Karlisten glauben. Nicht etwa, daß der Bethlen nicht in der Lage wäre, seine Spießgesellen zu verraten. Dazu war und ist ein ungarischer Feudalherr stets bereit.

Nie und nimmer wird aber ein solch wackelhafter Feudalherr, wie Bethlen, seine Standesinteressen verraten. Er würde ohne Bedenken den Karl fallen lassen, wenn ein anderer König zur Hand wäre, der ein ebenso gefügiges Werkzeug in den Händen der Feudalisten wäre, aber die Karlisten, die ja die besten Streiter für den Feudalismus sind, die läßt ein Bethlen nicht fallen. Um aber vom Spiele zu reiten, was noch zu retten ist, und sich die Möglichkeit zu wahren, es demnächst von Neuem zu beginnen, darum und nur darum, läßt Bethlen jetzt die Karlisten verhaften, oder doch wenigstens ihre Verhaftung in die Welt hinaus telegraphieren.

Will man, daß Ungarn endlich aufhören soll der Wetterwinkler ganz Europas zu sein, darf man sich nicht darüber den Kopf zerbrechen, ob dort ein Habsburger oder ein anderer König sein darf, sondern muß dort dem Feudalismus ein Ende machen. Wie zäh dieser Feudalismus ist, beweist am klarsten die Tatsache, daß der verlorene Krieg mit samt dem Umsturz ihm nichts anhaben konnte, und er heute ebenso bereit ist — nur um seine Herrschaft zu erhalten — ganz Europa in Kriegselend zu jagen, wie er es im Jahre 1914 schon einmal getan hat. Er kennt kein Mitleid und Erbarmen und verbietet dieserhalb auch keines. Bedenkenlos opfert er nicht nur Fremde, sondern auch das eigene Volk seinen Interessen.

Läßt man die ungarischen Feudalherren nur ein wenig wieder Luft schnappen, werden sie schon nach einigen Monaten das alte Spiel wieder aufnehmen und dann mit einer gefährlicheren Wirkung als mit Karlchen, und dementsprechend auch mit mehr Erfolg die Friedensarbeit stören.

Die Vereinbarung von Venedig bleibt.

Paris, 27. Oktober. (Havas.) Die Völkervertragskonferenz hat beschlossen, daß Karl auf einen englischen Munitor, der in Budapest ankert, gebracht werden soll, auf welchem er in Galsah die Entscheidung der Mächte über die Internierung abwarten wird. Die Völkervertragskonferenz genehmigt weiters das Protokoll der Konferenz von Venedig.

Die Stellung der Serben und Rumänen.

Berlin, 26. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Vertreter des serbischen Ministerpräsidenten Pasic, Minister Triflovic, erklärte in Belgrad dem Belgrader Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“, daß die südslawische Regierung entschlossen ist, die Frage der Wiederkehr der Habsburger auf den Thron Oesterreichs oder Ungarns entgiltig aus der Welt zu schaffen. Mit den Versprechungen Horthys werde man sich nicht abgeben lassen und materielle Garantien fordern. Der Minister betonte, daß Südslawien in voller Uebereinstimmung mit der Tschechoslowakei und Rumänien handle. Wir werden, sagte Triflovic, genau darauf achten, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages restlos durchgeführt werden. Bezüglich der Konferenz von Venedig hat das karlistische Abenteuer eine neue Situation geschaffen. Erst nachdem wir es hinter uns haben, können wir weitere Schritte erwägen, doch ist das keine Frage leichter Natur. Die Einberufungen in Südslawien sind in vollem Gange. Die Donau-Munitorflotte ist in ständiger Bereitschaft.

Die neue deutsche Regierung.

Stellung der Reichstagsparteien.

Berlin, 26. Oktober. Der Unabhängige Breitscheid bedauert die Zerstückung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes Oberschlesien. Die Teilung Oberschlesiens entspreche nicht den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen und nicht der Abstammung. Dem neuen Kabinett sagt der Redner für den Augenblick die Unterstützung seiner Partei zu. Deren weiteres Verhalten werde sich nach der Steuerpolitik der Regierung richten. Der Demokrat Schüding erklärt, daß seine Partei der Entsendung eines Kommissärs zustimme unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrage widersprechenden Entscheidung ergebe. Hieron mache seine Partei ihre zukünftige Stellung der Regierung gegenüber abhängig. An der Regierungsbildung habe sie sich auch darum nicht beteiligt. Der Antrag des Zentrums und der Mehrheitssozialisten auf Billigung der Erklärung der Reichsregierung wurde mit 230 gegen 122 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmte das Zentrum, die Demokraten, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen. Dann verlas die Reichstagspartei auf den 3. November.

Polen nimmt die Entscheidung an.

Warschau, 26. Oktober. (P. T. A.) In der heutigen Plenarsitzung des Landtages wurde nach der Rede des Ministerpräsidenten und des Präsidenten des Hauses, in denen das durch die

Entscheidung des Völkervertrates in der ober-schlesischen Frage an 800.000 Polen begangene Unrecht hervorgehoben wurde, die Resolution betreffend die Annahme der Entscheidung über Oberschlesien einstimmig angenommen.

Urteile der Presse.

Berlin, 27. Oktober. Die gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage finden die Zustimmung der Presse des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Unabhängigen. Die rechtsstehenden Blätter lehnen die Erklärung scharf ab.

Auch Deutschland ernannt einen Kommissar.

Berlin, 27. Oktober. (Wolff.) Der deutsche Botschafter in Paris übermittelte der Völkervertragskonferenz heute folgende Note: Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erklart in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reiche auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, dem es wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailleser Vertrages, dem die in Genf getroffenen und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt daher gegen die hierdurch geschaffenen Zustände ausdrücklich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes die sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu ersparen, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat entsprechend die darin vorgesehene Delegation zu ernennen.

Parteitag der Unabhängigen.

Das Zentralkomitee beschloß, den nächsten Parteitag zum Sonntag, den 8. Januar 1922 nach Leipzig (Volkshaus) nachmittags 5 Uhr einzuberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Finanz- und Steuerpolitik. Referent: H. Hilferding und die Internationale Arbeitsgemeinschaft. (Berichterstatter: A. Crispian.)

Französische Kammer.

Weitere Angriffe auf Briand.

Paris, 25. Oktober. (Havas.) Soulier spendete dem Völkervertrage wegen der ober-schlesischen Entscheidung Anerkennung. Er glaube jedoch, daß Deutschland in Oberschlesien erhalte, was Polen zumme. Nicht nur die französischen Katholiken müßten von der Regierung verlangen, daß sie Lloyd George und seiner antikatholischen Politik in Orient und anderwärts nicht folgen. Alle Vertreter Frankreichs müßten protestieren gegen den antikatholischen Charakter der englischen Politik. Er befürchte, daß Briand, der kein Englisch könne, in Washington nicht das notwendige Verständnis für das haben werde, was während dieser ersten Diskussion sich erziehe. Tardieu führte aus: Wenn sich die Regierungen nicht über das Programm des Stillen Ozeans einigten, dann werde es in Washington keine Diskussion über die Einschränkungen der Rüstungen geben. Eine Gefahr drohe durch eine Vereinigung Deutschlands mit dem russischen Bolschewismus und durch die Anarchie in China. Man solle nur die deutschen Zeitungen lesen, um aufgeklärt zu sein. Die Vertreter Americas würden für die Monroedoktrin sprechen, England für die Doktrin seines Imperiums. Lloyd George habe ja schon angekündigt, daß er im Namen der Dominions sprechen werde. Angesichts dieser beiden Gruppen gehe Frankreich allein nach Washington. Er bedauere deshalb, der Regierung das Vertrauen nicht bewilligen zu können, das sie zu dieser Konferenz verlange. Tardieu besprach dann die Angelegenheit der inneren Politik, wobei er das Ministerium Briand scharf angriff. Nachdem Tardieu geendet hatte, verlangte Ministerpräsident Briand das Wort. Die Kammer entschied jedoch, die Rede des Ministerpräsidenten erst morgen nachmittags anzuhören.

Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 26. Oktober. (Havas.) In der Kammerdebatte antwortete Briand auf die verschiedenen Angriffe und schloß mit der wiederholten Versicherung, er werde nach Washington nur dann gehen, wenn eine bedeutende Majorität sich für ihn aussprechen werde. Namens der Regierung nahm dann Briand die Tagesordnung Manaud an, in der gesagt wird: „Die Kammer, welche die Erklärungen der Regierung billigt, hat Vertrauen zu ihrer Festigkeit, um im Einverständnis mit Frankreichs Alliierten die Realisierung der Rechte sicherzustellen. Die Frankreich zueigen wurden. Sie vertraut darauf, daß die Regierung fortfahre, das Prestige Frankreichs im Auslande zu verteidigen, den Frieden nach außen und die Ordnung nach innen aufrechtzuerhalten, damit sie eine weitgehende Politik der republikani-

schen Union durchführe.“ Die Kammer lehnte jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über. Der erste Teil der Tagesordnung Manaud wurde mit 391 gegen 186 Stimmen angenommen, die weiteren Zusätze durch Handaufheben abgelehnt. Darauf wurde die Tagesordnung Manaud in ihrer Gesamtheit mit 358 gegen 172 Stimmen angenommen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Keinmal Friedensbedingungen.

Angora, 25. Oktober. (Tsch. P. B.) In amtlichen Kreisen wird erklärt, im Falle einer Intervention im griechisch-türkischen Konflikt würden die türkischen Friedensbestimmungen folgendermaßen lauten: Räumung Kleinasiens und Thrakiens und Reparation der durch den Krieg zerstörten Gebiete.

Aus dem Parlamente.

Budgetauschuss.

Zu der Mittwochsitzung des Budgetauschusses erstattet Abg. Kemeles (Tsch. Soz. Dem.) das Referat über die ordentlichen Ausgaben des Präsidenten und der Präsidentskanzlei der Republik. Abg. Chalupa (Tsch. Soz. Dem.) spricht über das Kapitel: Pensions- und Ruhegelder. Darauf greift als erster Redner Genosse Taub in die Debatte ein.

Er bemängelt den Teil des Budgets, der von den Pauschalen für öffentliche und wohltätige Zwecke handelt. Diese Hilfen sollten nicht wie in monarchistischen Staaten vom Staatsoberhaupt, sondern demokratisch vom Staat selbst gespendet werden. Ebenso verlangt er ein Aufräumen mit dem Ordenssystem, für das eine Million K jährlich ausgezahlt wird. Weiters verurteilt Taub das gehandhabte System der militärischen Bibliotheken. Sonderbar ist die Ausgabe von 220.000 K für Mobilar und Flaggen. 8 Millionen K würden merkwürdigerweise für die Instandhaltung der Burg ausgegeben. Auch hier wäre Sparsamkeit am Platze. Das Staatsgut in Lanna weise ein Passivum von 1.700.000 K auf, obwohl es steuerfrei sei und keine fremden Leute ernähre.

Genosse Taub stellt schließlich folgende zwei Anträge: 1. Die Durchrechnung der Dienstjahre soll auch auf die Pensionisten Anwendung finden. 2. Es soll ein Ausgleich zwischen den Alt- und Neupensionisten durchgeführt werden.

Auf der Tagesordnung des Budgetauschusses am 27. Oktober stand die Fortsetzung der Verhandlung über den Voranschlag Kapitel I „Kanzlei des Präsidenten“ und Kapitel VIII „Pensions- und Versorgungsgelder“. In der Debatte sprach Genosse Spacet (Nat. Dem.), Abgeordneter (deutscher Nat. Soz.), Abgeordneter (Christlichsoz.), Ministerialrat Dr. Blazek, sowie Genosse Uhl. Er verlangte die Vorlage der Drucke auch in deutscher Sprache und verwies darauf, daß die neue Regierung als ihr erstes und wichtigstes Prinzip das der Sparsamkeit erklärt hat. Wie wir sparen zeigt aber der Voranschlag. Wir stiften Orden und werfen dafür Millionen aus. Für die Restauration der Burg und des Lustschlosses Lana werden Riesensummen eingestellt, die als tote und unproduktive Ausgaben zu verzeichnen sind. Für die innere Einrichtung der Burg werden Millionen angefordert. Das Volk wird die Anforderungen solcher Riesensummen nicht verstehen, denn es ist die allgemeine Ansicht verbreitet, daß die innere Einrichtung nicht nur schön und nicht nur von künstlerischem Werte ist und daß sie auch sonst allen Anforderungen des Luxus Genüge leiste.

Redner wendet sich dann dem Kapitel „Pensionisten“ zu. Er verweist auf die vom Abgeordneten Genossen Taub gestellten beiden Anträge. Ausgehend von der hohen Zahl der Pensionisten, gegenwärtig hat der Staat für 80.000 Zivilpensionisten zu sorgen, macht der Redner aufmerksam, daß die Mehrheitsparteien an dem Glende der Pensionisten und an der großen Zahl der Versorgungsberechtigten nichts abzulesen. Es haben sich in den verschiedenen Bezirken lokale politische Klique gebildet, die missliebige Beamte verdrängen und tüchtigen Beamten den Dienst verwehren. Dadurch erhöht sich die Zahl der Pensionisten bedeutend. Wie es gemacht wird zeigt folgendes Beispiel: Ein bekannter hervorragender tschechischer Politiker kam von einer Reise aus Deutschland in die Tschechoslowakei zurück. Auf dem Bahnhof in Bodenbach mußte er sich der vorgeschriebenen Kontrolle unterwerfen. Der Beamte, der die Kontrolle vornahm, wurde dann auf Betreiben des betreffenden Politikers verhaftet. Solche Fälle ereignen sich in fast allen Ressorts. Es wäre Pflicht der Regierungsparteien, diese beschämenden Tatsachen endlich aus der Welt zu schaffen und wir wünschen auch, daß die staatlichen Behörden derartigen Einflüssen unterliegen und Beamte, die ihren Dienst erfüllen, schützen.

Genosse Uhl stellt dann noch folgenden Antrag: „Ueber die Post I „Ordentliche Einnahmen“, Kapitel II im Betrage von 8.441 Kronen sind dem Budgetauschuss noch vor Abschluß der Verhandlungen des Voranschlags die vom Herrn Ministerialrat Dr. Blazek vorgebrachten Daten in Niederschrift vorzulegen.“

Nach den Schlussworten der beiden Referenten wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 8. November statt.

Ausland.

Das Knistern im kommunistischen Gebälk. Der Zusammenbruch der kommunistischen Partei Deutschlands schreitet unaufhaltsam fort. Nach dem Auseinanderfallen der kommunistischen Reichstagsfraktion in verschiedene Fraktionen folgt jetzt auch die Spaltung der kommunistischen Landtagsfraktion in Preußen, obwohl die Landtagskandidaten im Hinblick auf die Offenheit besonders ausgewählt waren. Hat doch jetzt, nachdem kürzlich Oskar R u s s seinen Austritt aus der preussischen kommunistischen Landtagsfraktion erklärt hatte, der kommunistische Abgeordnete Otto K u n z e das Gleiche getan und zugleich seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt. Daß damit aber die innere Geschlossenheit der Landtagsfraktion hergestellt wäre, kann nicht behauptet werden, vielmehr ist der Wirrwarr in ihr nicht minder groß als innerhalb der Reichstagsfraktion. Auch sonst mehren sich die Anzeichen für den völligen Zerfall der kommunistischen Partei, die sich so gern als Massenpartei des Proletariats bezeichnet. In Berlin wurde schon vor kurzem der Versuch gemacht, die Levi-Gruppe organisatorisch zusammenzufassen und nur durch die „Schlagenden“ Argumente eines von Kemmle und Hörule geführten Stoktrupps wurde die Ausführung des Versuches gehindert. Daß damit aber keineswegs die Leuten erledigt sind, ja daß sie innerhalb der K. P. D. in Berlin über eine gewisse Stärke verfügen, geht aus einem, wenn auch sehr vorsichtig abgefaßten Bericht der „Roten Fahne“ über die Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hervor. Heißt es doch darüber: „Zum ersten Punkt der Tagesordnung (Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Kommunisten) referierte der Genosse Dr. Meyer. An dieses Referat schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in deren Verlauf die Tendenzen der kommunistischen Arbeitgemeinschaft (d. h. der Levi-Gruppe, D. Red.) äußerst lebhaft vertreten wurden.“ Die K. P. D. hat also den Teufel im Leibe und die Arbeitgemeinschaft setzt dort die Taktik fort, die früher mit Billigung der kommunistischen Zentrale innerhalb der U. S. P. D. getrieben wurde und die in Halle zur Spaltung führte. Auf jeden Fall zeigen diese Erscheinungen innerhalb der K. P. D., daß es mit ihr zu Ende geht, und daß weder die Parolen der Zentrale, noch die russischen Geldquellen dieses Ende aufzuhalten vermögen.

Vorträge.

Zwei volkswirtschaftliche Vorträge des Professor Tiefmann. Truffs und Kartelle.

Prof. Tiefmann, dem ein guter Ruf als volkswirtschaftl. Theoretiker vorangeht, sprach vorgestern als Gast des deutsch. Kaufmannvereines über das Thema „Truffs und Kartelle“. Diefem Vortrage konnte mit berechtigtem Interesse entgegengehört werden, nicht nur wegen der Person des Vortragenden, sondern auch wegen der hauptsächlich unter dem Namen Sines in Deutschland und über Deutschland hinaus bekanntgewordene hohen Organisationsform der Großindustrie.

Professor Tiefmann teilt die Arbeitgeberverbände in Vereine, Verbände und Gesellschaften ein. Maßgebend für die Einteilung ist für ihn nicht nur die Tätigkeit der Arbeitgebervereinigungen und ihre Zielrichtung, sondern auch die Wirkung dieser Vereinigung auf die Tätigkeit des leitenden Unternehmers. Selbstverständlich ist diese Einteilung nur eine solche in großen Umrissen. Professor Tiefmann berührte zum Schluß, leider nicht ausführlich genug, das Gegenwartsproblem, nämlich die Vertikalisierung der Unternehmerorganisationsform, die Verschachtelung der Industrie.

Interessant, wenn auch nur bedingt richtig, war die Feststellung des Vortragenden, daß die Kartelle die Truffbildung nicht fördern, sondern im Gegenteil erschweren: Professor Tiefmann begründet dies damit, daß die Kartelle auch lebensschwächeren Unternehmungen den Fortbestand ermöglichen. Diese Argumentation scheint uns nicht für jeden Fall die zutreffende zu sein. Der Weg zur Vertikalisierung geht zweifellos über das Kartell, wenn es auch möglich ist und unzähligmale vorkommen mag, daß ein Kartell den Unternehmern die gleichen Dienste leistet, wie ein Truff, so daß es dem Unternehmer nicht in jedem Falle notwendig erscheint, sich durch eine, ihre Tätigkeit weit mehr einschränkende Trufforganisation, noch mehr zu binden. Professor Tiefmann sprach auch über die Vorteile der Kartelle für die Allgemeinheit

als deren augenfälligste er die Preisstabilisierung bezeichnete; er erklärte die Kartellbildung auch für den Arbeitnehmer nicht gerade als schädlich, eine Ansicht, die wir vollkommen teilen, nicht nur wegen der mit den Kartellen gemachten Erfahrungen der Gewerkschaften, sondern hauptsächlich deswegen, weil die Kartelle zu den Organisationsformen gehören, die sich in der Linie der marxistischen Entwicklungslehre bewegen.

Nicht unwidersprochen möge einiges bleiben, was Professor Tiefmann über Konzentration und Sozialismus vorbrachte. Gewiß hat er nicht unrecht, wenn er behauptet, daß sich in einigen sozialistischen Köpfen das künftige Produktionsbild so darstellt, daß die Gesamtwirtschaft derart konzentriert ist, daß sie buchstäblich von einem Punkte aus geleitet wird. Es ist aber keine Frage, daß der wissenschaftlich-volkswirtschaftliche Sozialismus durchaus nicht in dem Gedanken einer schablonenmäßigen, mechanischen Konzentration um jeden Preis schwelet, daß er vielmehr gerade so wie der rationell wirtschaftende Kapitalismus sich die Konzentration ausschließlich bis zu einem Maximum denkt, das von der ökonomischen Notwendigkeit diktiert wird.

Das Währungsproblem.

Ueber dieses Thema sprach Professor Tiefmann in einem zweiten Vortrage. Er ging davon aus, den Begriff des inneren und äußeren Geldwertes festzulegen. Innerer Geldwert ist die Kaufkraft der Währung im Inlande, äußerer Geldwert ist der Wert im Verhältnis zu den fremden Valuten. Nach der Meinung des Herrn Professors besteht wohl eine gewisse Verbindung zwischen innerem und äußerem Geldwert, aber keinerlei enge Verflechtung. Dieser Ansicht verdingen wir nicht beizupflichten. Wenn beispielsweise der Wert der tschechischen Krone im Auslande fällt, müssen wir die eingeführten Nahrungsmittel teurer bezahlen, damit steigen auch die inländischen Getreidepreise, es sinkt damit die innere Kaufkraft der tschechoslowakischen Krone.

Der Vortragende erörterte dann die vielumstrittene Frage: Stabilisierung oder Hebung der Valuta. Eine Stabilisierung der Valuta ist nur möglich, wenn ein Land ein in sich geschlossenes wirtschaftliches Ganzes wäre. Aber gerade die Länder mit zerrütteter Währung sind wirtschaftlich vom Auslande abhängig. Unsere Bestrebungen müßten auf eine Hebung der Währung gerichtet sein. Freilich würde eine Hebung der Valuta nicht ohne eine wirtschaftliche Krise abgehen. Die Mittel zur Hebung der Valuta erblickt der Vortragende: in einer starken Vermögensabgabe, in einer progressiven Vermögens- und Einkommensteuer, Erhöhung der indirekten Steuern bis zum Rückgang des Konsums (!), mögliche Verminderung des Imports und Erhöhung des Exports, gute Steueranlagung, Preisabbau, Beseitigung des Friedensvertrages von Versailles. Unter diesen Mitteln, die der Vortragende aufgezählt hat fällt vor allem die Forderung nach Erhöhung der Verbrauchssteuern bis zum Rückgang des Konsums auf. Wie sich das der Herr Professor vorstellt, ist unersichtlich. Der Verbrauch der Bevölkerung ist durch die wirtschaftliche Entwicklung des Krieges und der Nachkriegszeit so gewaltig zurückgegangen, daß eine geringere Konsumtion als gegenwärtig fast gar nicht mehr denkbar ist. Es sei dies an einigen Beispielen dargelegt. In Deutschland betrug der Verbrauch der Bevölkerung per Kopf in Kilogramm bei Fleisch 1913 52, 1920 20, Mehl 125 und 83, Zucker 19,2 und 14,1, Baumwolle 7,2 und 2,3, Wolle 2,2 und 1, Steintofte 2370 und 1770, Eisen 254 und 100. Als in der Debatte ein Redner dem Herrn Professor dies entgegenhielt, mußte der Vortragende zugeben, daß eine Erhöhung der indirekten Steuern nur bei erheblichen Verbrauchsartikeln wie Tabak und Alkohol möglich sei.

Am Schluß seiner Ausführungen beschäftigte sich Herr Professor Tiefmann mit dem Einfluß des Kredites auf die Valuta. Kurzfristige, im Auslande aufgenommene Kredite können eine Hebung der Währung nicht herbeiführen, dies könne nur durch langfristige Anleihen geschehen, und zwar durch Anleihen, die in der heimischen Währung aufgenommen sind und deren Zinsen in der heimischen Währung gezahlt werden. Wenn dann eine Hebung der Valuta eintritt, machen die ausländischen Gläubiger ein gutes Geschäft.

In allgemeinen können wir den Ausführungen des Freiburger Universitätsprofessors beistimmen und haben an dieser Darlegung nur das eine anzusetzen, daß die elementaren

Tatsachen, an die man bei der Erörterung des Valutaproblems denken muß, nicht genug klar herausgearbeitet waren: die Regelung der Staatsfinanzen und die Herstellung des Gleichgewichtes in den auswärtigen Handelsbeziehungen. Nur wenn es die mitteleuropäischen Staaten dahin bringen, daß sie im Staatshaushalt ohne Defizit wirtschaften und daß ihre Zahlungsbilanz möglichst aktiv ist, kann eine dauernde Sanierung der entwerteten Währungen herbeigeführt werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kosten der Mobilisierung schätzt die gestrige „Tribuna“ auf täglich hundert Millionen Kronen. Sollte die Mobilisierung einen Monat dauern, werden sich daher die Gesamtkosten auf drei Milliarden tschechoslowakischer Kronen stellen. Diese Ausgaben können aus den in den Budgets des Ministeriums für nationale Verteidigung für 1921 und 1922 veranschlagten Summen bestritten werden. Es muß jedenfalls alles getan werden, damit es nicht zum Druck ungedeckter Banknoten komme. — Wir wünschen sehr, daß dem Nationalverteidigungsministerium mit dem Essen der Appetit kommen wird und daß es sich mit den Rechnungs-voranschlägen für das heurige und nächste Jahr veranschlagten Summen nicht begnügen, sondern die Mobilisierung dazu benützen wird, Ausgaben zu machen, die ihm sonst vom Parlament nicht bewilligt werden wären.

Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft.

Genf, 26. Oktober. (Savas.) Die internationale Arbeitskonferenz verhandelte gestern die Frage der Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft. Albert Thomas erklärte, die französische Regierung fordere, daß diese Frage von der Tagesordnung der Konferenz abgehängt werde. Der französische Hauptdelegierte Fontaine legte die französische Anschauung dar, derzufolge es nicht opportun sei, diese Frage durch die internationale Legislative zu regeln. Er verwies darauf, daß die durch den Krieg verwüsteten oder von Hunger heimge-suchten Länder die vollständige Ausnützung der Landwirtschaft notwendig machen. Follard bekämpfte die Anschauung der französischen Regierung und forderte, daß die Frage auf der Tagesordnung bleibe. Der britische und der holländische Vertreter forderten, daß sich die Kon-

eine Goldreservebank des vereinigten Mitteleuropas. Wie die Berliner Blätter berichten, gab der in Berlin wieder eingetroffene amerikanische Finanzmann V a n d e r l i p P r e s s e -vertretern Kenntnis von seinem Plan einer finanziellen Wiederherstellung Zentraleuropas. Nehmlich der amerikanischen unter Regierungsaufsicht stehenden Federal-Reservebank schlägt V a n d e r l i p eine Goldreservebank des vereinigten Mitteleuropa vor mit einem Kapital von einer Milliarde amerikanischer Golddollars, das von den verschiedenen Ländern, zum größten Teile aber von Amerika, aufgebracht werden soll. Auf Grund dieser eingezahlten Goldmilliarde könnte die Bank dann 5 Milliarden Banknoten ausgeben und mittels dieser Noten würden die internationalen Geld- und Handelsgeschäfte ohne Kursschwankung möglich sein. Freilich müßte in jedem Lande neben der entwerteten Papierwährung eine zweite Währung, eben diese G o l d w ä h r u n g, bestehen.

An unsere Abonnenten.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen erfolgen muß, unter welchem die Bestellung gemacht wurde.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 7. in unserem Besitze sein und ersuchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Aus der Partei.

Versammlung in Prag. Gemäß Beschluß des Parteivorstandes beruft die Bezirksvertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Groß-Prag für Sonntag, den 30. Oktober 1921, um 10 Uhr vormittags in den Saal des Restaurants „zum Goldenen Kreuzel“ in Prag II, Refazanta, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die mitteleuropäische Realisation und die Kriegsgeschichte“ ein. Referent Genosse Senator Prof. Dr. W i e d o w s k i.

Die Frauenreichskonferenz verschoben.

Ueber Beschluß der letzten Sitzung des Parteivorstandes wurde mit Rücksicht auf die ungeklärte politische Situation der Parteitag verschoben. Infolgedessen kann auch die Frauenreichskonferenz, die vor dem Parteitag am 12. November stattfinden sollte, an diesem Tage nicht abgehalten werden. Der genaue Zeitpunkt des Stattfindens der Frauenreichskonferenz wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Das Frauenreichscomitee.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute nachmittags „Der Better aus Dingda“, 7 Uhr Mozart's „Entführung aus dem Serail“, nachts 10 Uhr „Der Herr Minister“, Max Falkenberg o. S. Samstag „Der Herr Minister“, Sonntag nachmittags „Der Herr Minister“, abends „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“.

„Urania.“ Heute halb 11 Uhr Jugendveranstaltung. Prof. Westka: „Von Triest nach Korfu und Athen“ (mit Bildh.). Einzelticket (nach verfügbarem Raum) für Erwachsene 2 Kr.

„Im Bilde durch die Welt.“ Sonntag, den 30. halb 5 Uhr. Dritter Vortrag: Dr. V i e d l e r „Nürnberg und Rothenburg“ (mit Bildh.). Einzelticket 5—4 Kr.

„Menschenseele und Tierseele.“ W. Boelche, Montag, den 31., halb 8 Uhr. Doz. K a m m e r e r schreibt in einem Aufsatz in der „Neuen Freien Presse“: „Die Schönheit und Klarheit des Wortes, das B. in seinen Buchwerken zur Verfügung steht, blieb ihm auch in seinen Reden treu.“ — Karten 17—4 Kr. Mitglieder Ermäßigung.

Turnen und Sport.

Annektion für Fußballspieler. Anlässlich des Nationalfeiertages am 28. d. M. erläßt der mittelböhmische Gau des C. S. A. für alle bestraften Spieler eine Amnestie. Spieler, welche bis zu sechs Monaten diszipliniert wurden oder solche, deren Delikt vor dem 28. d. M. von dem Straf- und Meldeauschuss noch nicht behandelt wurde, gehen straffrei aus, dagegen wird jenen Spielern, die auf mehr als sechs Monate diszipliniert wurden, die Hälfte ihrer Strafe nachgesehen. Auf lebenslanglich disziplinierte Spieler hat diese Amnestie keine Wirkung.

Union Rixow gegen Slawoj Rixow 1:1. Halbzeit 1:0. Ein sensationelles Resultat des Slawoj gegen die an zweiter Stelle der Meisterliste stehende Unionmannschaft.

Heute beginnt das Fußballturnier um den Freiheitsspokal mit dem Spiele Racing-Club Strahow gegen Slavia (halb 11 Uhr vorm.) und wird morgen 3 Uhr nachm. fortgesetzt mit dem Spiele Racing-Club gegen A.S. Brichowitz. Sonntag spielt Racing-Club gegen Anselohn S. A. (3 Uhr in Brichowitz.)

Auf dem Sportplatz findet heute nachmittags das Länderspiel Z.S. gegen C. S. A. statt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strank. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Den P. T. Abnehmern der S i b e n i a Schuhercreme wurde ausfolgt: Marke Nr. 10. — Adolf Vesel, Bratislava, Nr. 250. — Schuhputz-laffette: Nr. 2. Josef Polorny, Prag VII., 3. Karl Svec, Schüttenhofen, Nr. 13. Agnes Filipova, Nachod. Die weiteren folgen nächstens.

Rechtzeitig eindecken!

Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“ in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen. Generalvertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge, Resselová 3. Telefon 210.

Anzeige. Unsere billigen Preise für Herrenkleider rufen immer viele Auseinandersetzungen Debatten, Anfragen und schließlich sogar Zweifel hervor. Man fragt sich warum gerade wir im Stande sind so billig zu verkaufen. Wir erklären hiermit ganz frei, das auch wir keine Wunder tun können, unser Gewinn jedoch ist minimal und infolge dessen die Verkaufspreise niedrig, dies ist die Ursache, warum wir rasch große Umsätze erzielen können. A. Baher u. Co., Herren- und Damenkonfektion, Prag, Celeina ul. 35, beim Pulverturm.

Dauerhafte Schuhe.

aus gutem Material, moderne Muster, Handarbeit, hat zu billigen Preisen am Lager „Rozvoj“, Arbeiter-Genossenschaft der Schuhmacher, Prag II, Hyberner-gasse 7 im Hofe, I. Stock. Reparaturen werden ebenfalls durchgeführt. Unterstützt das Genossenschaftsunternehmen. — Kela Läden. 145



Der unverwüstliche Kautschuk-Schuhabsatz

Das tanzende Prag besucht nur die
TANZ-BAR
ASTORIA
 Prag, Ovocný trh. Entrée frei.

BIO
 LIDO 25
 H. PORTEN:
Die Geyer-Wally.
 Gebirgsdrama in 6 Akten.

CAFÉ ELEKTRA
 PRAG-WEINBERGE,
 beim Museum, neben dem Deutschen
 Theater.
 TREFFPUNKT DER GENOSSEN
 Telephon 4854. 124

GENOSSEN BESUCHET:
ANTON BORO VAN
 Weinberge, Jungmannova 73
 Erzeugung von Stroh- u. Filzhüten
 für Herren, Damen und Mädchen.
 Umformungen und Reparaturen
 schnell und billigst. 79

Nur noch 10 Tage! Nur noch 10 Tage!
Reklame-Wächeverkauf!
 Herrenhemden:
 Kaliko mit Brust 30 K
 Flanell, schöne Muster 32
 Trikot 27
 weiß, mit steifer Brust 35
 Pfadfinder 55
 Damenhemden:
 Kaliko 26 K
 Flanell 30
 Chiffon 33
 Chiffon mit Stickerei 32
 Trikot 32
 Damen- und Herrenunterhemden, Flanell und Trikot von
 28 bis 45 K.
 Knabenhemden:
 Jahre 6 8 10 12 14
 Flanell 22-30, 25, 27-30, 30, 32-35 K
 Pfadfinder 40, 43, 46
 Mädchenhemden:
 Flanell 15, 17-20, 20, 22-25, 25
 Kindertrikotartige 12, 13, 14, 15, 16
 Arbeitshosen 12 K
 Damenoberrock 40
 Herrenoberrock 40
 Barchentunterrock und Hose 75
 Barchentkopftücher 60
 Seidenschal 50
 Reste:
 Paket A 10 m Flanell und Barchent 115 K
 Paket B 15 m Blauschwarz n. Hosenstoff 190
 Paket C 20 m Barchent, Flanell und Web 250
 Paket D 10 m Kleiderstoff, doppelt breit 150
 Wallstoff auf einen Herrenanzug 168
 Elanin gestickt auf ein Damenkleid 112
 Flanelle, Barchente, Chiffone, Grizette, Samtkörbe,
 Zephyre, Kasse, Inlette, Blaudrucke, Handtücher,
 Web-Tischtücher u. a. w. werden zu bekannt billigen
 Preisen verkauft werden.
 Nichtpassendes neu rebar und sende Geld zurück.
Weber- und Wäschefabrik
OTTO KATZ
 Prag I., Celetná ul. 14, I. Stock. 264

SVĚTOZOR 262
Pariser Mädl:
 Fortsetzung: Zwischen Wölfen.
 Weiter: Präsident Masaryk in Laun.

Drucksorten
 aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die
 Druckerei der **TRIBUNA A.-G.**
 Prag II., Karlovo nám. 15.
 Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090.
 147

National
 Kontroll - Kassen - Besitzern
 offerieren wir in Original NRK-Qualität
 Scheckrollen Nr. 1, weiss, 35 mm, K 4-
 2 " 41 " 5-
 Kontrollstreifen " 5 " 30 " 1-20
 " 6 " 38 " 1-50
 Nur diese sind dem Mechanismus der Maschinen
 vollkommen angepasst, auf das petlichste genau
 dimensioniert, nicht gestrichelt, sondern aus einem
 Stück von tadelloser Qualität. Reparatur-Abom-
 nement (Garantieverlängerung) zu billigsten
 Preisen. Bestellungen nur direkt an
National Registrier Kassen,
 Ges. m. b. H., Prag, Národní tř. 21.
 223

Reserviert für:
MERL & WEISS
 FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
 PRAG, NARODNI 28a.
 141

Kanafase, Inlete!
 in kompletten Breiten. Chiffone,
 Damaste, eigene Erzeugung von
 Arbeiterwäsche, ferner grosse Aus-
 wahl in aller Art Barchenten und
 Kleiderstoffen.
Otto Taussig, Prag I., Dušní 1.
 Telephon 8099 VI.
 Persönlicher Besuch erwünscht. 128

Konsumvereine fährt
Libaner Presshefe
 Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
 25 Fabrik: Liban.

Verlanget 14
 in Drogerien und Konsumvereinen
BRILANTOL
 beste Kleiderstofffarbe.

EGGER & CO.,
 PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.
 FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWARREN.
 Eggers Milch- und Kaffekaramellen,
 Eggers 140er Peppermint 87
 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Kassen
 feuersichere Bücher- und Dokumenten-
 schränke, Mauer-Safes und Kassetten
 liefert billigst renommierte Firma
Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag
 Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

SELBST ORGANISIERT!! Genossen, Eure Erfindungen, wenn auch nicht patentiert, lasst verwerten durch das international organisierte Patentverwertungsbureau EPOCHA, Prag I., Jakubská 4. Telefon 3548 b. 104

Reisstrohbesen
Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co.
 Prag, Soukenická 7.
 In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Kanafase, Inlette, Matratzen
 Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Hronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58
Viktor Prager,
 Prag-II., Truhlářská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus
 Telefon 2252

Speziallacke, Farben
 sowie Staufferfett, Hantefett, Vaseline schwarz und gelb, Raupenleim nach amer. System etc. und andere chem. techn. Produkte liefert zu äussersten Preisen in Ia. Qualität
Hiersche & Co.,
 Fabrik chemisch-technischer Produkte
NESTOMITZ a. E.
 Tel. 727 (49) Tel. 727

Was sucht man, wenn man sich einen neuen Anzug kaufen will? Gute Qualität und billige Preise. Bevor Sie Geld ausgeben, bedenken Sie: Wann sind die Einkaufspreise niedriger? Ein gros oder ein detail? Wann ist der Anfertigungspreis geringer? Bei einer grossem oder kleiner Bestellung? Wann sind die Reklarkosten geringer? Bei kleinem oder grossem Umsatz? Wir verfügen nur an gros, unsere Anzüge sind von erstklassiger Qualität und billig.
A. BAYER & COMP., Herren- u. Damenkonfektion Prag I., Celetná ul. 35. beim Pulverturm. 94

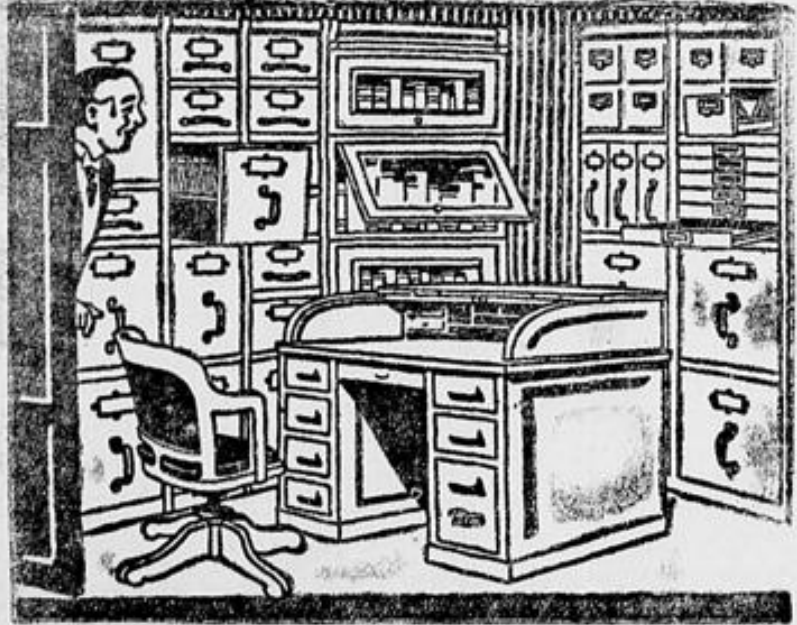
PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK
Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,
 FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 130
 bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

Mehlwürmer
 per Schock 2 K 8 liefert nur per Nachnahme nicht unter 10 Schock Josef Hampl in Neusattl 531, b. Elbogen. 242

Piering-Seni und Essig
 ist der Beste!
 zu haben in allen Konsum-Vereinen. 47

Kuh & Kretsch
 Likörfabrik
Teplitz-Schönau. 29
Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
 amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossen, schaft zu Vorzugspreisen 127
R. Kominik, Prag II., Republik 6. Telefon 8514-1111.

Likör- und Essig-Fabrik
B. u. L. Windholz, Brünn. 3
 Spezialitäten: Curacao Triple Sec-Getreidekummel. „Spaniola Grjotte.“



Nie ein Märchen ist die Arbeit bei unserer Büroeinrichtung. 170
„Jerry“, Gesellsch. für Büro-Einrichtung, Prag II-1646
 Telephon 3312. Vladislavova ul. Nr. 13. Telephon 3312

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
 und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
 den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
 Půjčovni 2. 151

Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

Samstag, den 29. Oktober, tritt der Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Paris zusammen. Das Generalsekretariat der Partei legt aus diesem Anlaß einen Bericht über das vergangene Jahr vor, dessen allgemeinen Ausführungen wir nachstehendes entnehmen:

„Der französische Sozialismus, der durch unsere Partei repräsentiert wird, hat ohne allzu große Schäden genommen zu haben, eine furchtbare Krise überstanden, eine Krise, die hervorgehoben wurde durch die unheilvolle Spaltung der Partei in Tours. Die gefährliche Periode scheinbar unüberwindbarer Schwierigkeiten ist nun vorüber. Die alte Burg des Sozialismus, deren treue Hüter wir sind, hat wohl einige Breschen erhalten, die von Tag zu Tag mehr auszubessern wir uns bemühen. Auf festem Grunde gebaut, steht diese alte Burg unerschütterlich da.

Wir wollen nicht auf jene unseligen polemischen Debatten zurückgreifen, die die sozialistische Einheit in Frankreich wie in den anderen Ländern zerstört haben. Ein halbes Jahrhundert hartnäckiger Kämpfe größter Kraftanstrengung hat es bedurft, um unsere starken proletarischen Organisationen aufzubauen, jene Organisationen, die nach den gesellschaftlichen Erschütterungen des Krieges stark genug gewesen wären, das Antlitz der Welt zu verändern. Statt dessen sehen wir das schmerzliche Schauspiel, wie am Wendepunkte der Menschheitsgeschichte die Arbeitermassen sich gegenseitig bekämpften und verstümmelten, in einem Augenblicke, wo für lange Jahre das Schicksal des Proletariats entschieden werden konnte. Es muß gesagt werden, daß die Verantwortlichkeit für die unheilvollen Folgen dieser Selbstverstümmelung dem Volkshetwismus und seine Agenten trifft. Als sie das bewundernswürdige Werk unserer Vergangenheit zu zerstören suchten, waren sie gleichzeitig die wirksamste Sturmtruppe des Imperialismus aller chauvinistischer nationalistischer Blocks und der internationalen Konterrevolution.

Werden wohl die Führer, die jene traurige Arbeit verrichtet haben, ihren Irrtum einsehen, den Schaden, den sie verursacht, erkennen? Wir dürfen in dieser Hinsicht keine übertriebenen Hoffnungen hegen. Aber was wir schon heute beobachten, ist, daß die verkümmerten Massen sich enttäuscht von den Emiffären Mosklaus abwenden, in der gegenwärtigen Zeit die Undurchführbarkeit der distanzierten Dogmen einsehen und wiederum zu uns zurückkehren, die wir auf jener wissenschaftlichen Grundlage bauen, die dem internationalen Sozialismus langsame, aber dauernde Erfolge gebracht hat.“

Die französische Partei hat zu ihrem Parteitage auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik eingeladen. Der Parteivorstand beschloß, die Einladung mit folgendem Schreiben zu beantworten: „Werte Genossen! Ihre freundliche Einladung mit Schreiben vom 20. September zu Ihrem 19. Parteitag, der am

29. Oktober in Paris beginnt, haben wir erhalten und danken Ihnen hierfür bestens. Der Sitzung des Parteivorstandes am 13. d. M. lag Ihre geschätzte Einladung vor. Leider sind wir nicht in der Lage, einen Delegierten zu entsenden, weshalb wir Sie bitten, auf diesem Wege unsere besten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf des Parteitages in Empfang zu nehmen. Wir wissen, daß unsere französischen Brüder, ähnlich wie wir, im schweren Ringen gegen den Nationalismus stehen und daß sie in der Arbeiterchaft das schwierige Werk marxistischer Aufklärung gegen den kommunistischen Irrtum vollbringen müssen. Wir haben die Zuversicht, daß es den wackeren Vorkämpfern für den internationalen Sozialismus, der marxistischen revolutionären Sozialdemokratie in Frankreich bald wieder gelingen wird, die Massen des französischen Proletariats unter seinen siegreichen Fahnen zu versammeln.“

Inland.

Das ist der Nationalverband... Während die Sprecher der Deutschbürgerlichen im Parlamente die Vorgänge in Ungarn hartnäckig als dessen „innere Angelegenheit“ erklären, sagen deutschbürgerliche Zeitungen das gerade Gegenteil. Die Warnsdorfer „Abwehr“ läßt sich vernehmen:

„Am nächsten wird Oesterreich durch die neue Lage betroffen. Dabei handelt es sich selbstverständlich nicht nur um Westungarn... Die Ungarn erhoffen von „ihrem“ König die Wiederherstellung ihres Landes in seinen früheren Grenzen und mit dem Burgenland wäre ein vielversprechender Anfang gemacht. Für Oesterreich handelt es sich aber um weit mehr. Es kann keine Rede davon sein, daß die ungarischen Monarchisten ihre Pläne nur auf Ungarn beschränkt haben. Die zahlreichen Meldungen aus Oesterreich, Tirol und sogar aus Bayern beweisen, daß sich die Fäden ihrer Bewegung bis in diese Länder erstrecken. Das nächste Ziel ist die Errichtung einer Donaumonarchie. Darin liegt eine große Gefahr für das deutsche Volk. Denn nicht nur Oesterreich wäre der Anschluß an Deutschland unmöglich gemacht, es droht auch noch eine Loslösung Bayerns vom Reich. Die Wachsamkeit Oesterreichs muß daher jedes Uebergreifen der ungarischen Ereignisse auf österreichisches Gebiet verhindern.“

Und der Duxer „Tag“ schreibt:

„Ohne Zweifel ist auch, daß, wenn auch die offizielle französische Regierung sich vorläufig nicht exponiert, sie doch der Vorbereitung des farstischen Abenteueris wohlwollend zuschaut und dem Gang der Dinge keinerlei Hindernisse in den Weg stellen wird. Damit ist auch schon der Zug Karls aus dem Rahmen einer rein innerpolitischen ungarischen Angelegenheit herausgehoben, er wird zu einer europäischen Angelegenheit, denn selbstverständlich begnügen sich Karl und seine Pariser Hintermänner nicht mit dem Burgenland oder dem Siebenmilionen-Ungarn des Trianoner Vertrages, sondern ihre Aspirationen gehen weiter. Budapest ist nur das Sprungbrett nach Wien. Ist der Habsburger und Franzosengegner einmal dort, so ist vor allem der Anschlußgedanke auf weiß Gott wie lange Zeit erschlagen, es bieten sich dann aber auch andere Möglichkeiten, die schon immer zu den Lieblingstribünen des französischen Imperialismus gehörten: Die Schaffung eines großen, einheitlichen französischen Interessengebietes im Herzen Mitteleuropas, mit der Zierpuppe des wüßhähigen Habsburgers an der Spitze.“

Da soll sich der arme deutschbürgerliche Wähler auskennen! Ist der Putsch Karls

eine „innere Angelegenheit“ Ungarns oder ist er eine „Gefahr für das deutsche Volk“?

Vorsprache beim Präsidenten Masaryk.

Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschloß, durch eine Abordnung beim Präsidenten der Republik vorzusprechen. Mittwoch nachmittags hatten die Genossen Dr. Czoch und Cermak Gelegenheit, vor dem Präsidenten namens der deutschen Arbeiterpartei die Besorgnis über die weitere Entwicklung der außenpolitischen Situation und über die eingeleitete Mobilisierung und die in diesem Zusammenhang getroffenen und beabsichtigten Regierungsmaßnahmen auszusprechen. Der Präsident erörterte seine Auffassung über die kritischen Ereignisse und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es insbesondere zur Anwendung der Bestimmungen über den Ausnahmezustand nicht kommen wird. Im Laufe der längeren Unterredung wurden auch sehr eingehend innerpolitische Fragen besprochen. Schließlich erließen die Vertreter unserer Partei den Präsidenten um die völlige Amnestie der infolge der Dezemberereignisse Eingekerkerten. Auch hierüber versprach der Präsident, sich mit den verantwortlichen Faktoren der Regierung zu besprechen. (Durch ein Versehen in der Druckerei verspätet).

Standrecht in der Slowakei. Heute wird eine Verordnung des Ministeriums für Nationalverteidigung kundgemacht, mit welcher für den Bereich der Slowakei und Karpathenlands gegen alle Personen, welche der militärischen Strafgerichtsbarkeit unterliegen, das Standrecht verkündet wird, u. zw. wegen Aufruhrs, Subordinationsverletzung und anderer militärischer Vergehen.

Einstellung von Zeitungen in der Slowakei. Das Ministerium mit der Vollmacht für die Verwaltung der Slowakei hat die Blätter „Magyar Ujsag“ in Preßburg, „Romatorni Lap“ und „A Sirel“ in Komorn aus Gründen der Staatsgefährlichkeit mit Rücksicht auf die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse für unbestimmte Zeit eingestellt.

Erfolgt die Bodenzuteilung rechtsmäßig? Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die beabsichtigte Durchführung der Bodenzuteilung in geeigneter Weise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und es ist auch gehörig kundzumachen, wann und wo die Besuche um Bodenzuteilung einzubringen sind. Die näheren Bestimmungen in diesen Angelegenheiten — so heißt es im Gesetz — werden durch Verordnungen erlassen.“ Wir stellen nun fest, daß die im § 29 des bezogenen Gesetzes in Aussicht gestellten Verordnungen bis heute nicht erlassen sind und wie man hört, noch nicht einmal in Vorbereitung sind. Solange diese Verordnungen nicht erlassen sind, fehlt eine wesentliche gesetzliche Voraussetzung für die Bodenzuteilung. Es krankt daher jede Bodenzuteilung, solange das Kundmachungswesen durch Verordnungen geregelt ist, an einem wesentlichen Verfahrensmangel und ist deshalb rechtsungültig. Soweit bekannt ist, wurde die Bodenreform bisher auf den Großgrundbesitzigen Pardubitz, Zinkov und Kolinec durchgeführt. Es entsteht also die Frage nach der

geheimhaltigen Verlautbarung der Bodenzuteilung in diesen drei Fällen. Das Bodenamt wird nicht umhin können, diese Frage klar und eindeutig zu beantworten.

Infolge des Staatsfeiertages am 28. Oktober, welcher nach dem Tarif der Buchdrucker als Feiertag gilt, erscheint der „Sozialdemokrat“ morgen Samstag nicht. Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint zur gewöhnlichen Stunde, Sonntag früh. In der kommenden Woche erscheint der „Sozialdemokrat“ regelmäßig auch am 2. Oktober.

Tages-Neuigkeiten.

Karl's Kinder haben nichts zu beifien. Aus Bern meldet uns der Draht die erschütternde Kunde: „Die Nachricht von der baldigen Ausweisung der Familie Karls aus der Schweiz hat in Gartenstein eine wahre Panik hervorgerufen. Die materiellen Mittel der Familie sind sehr gering und infolgedessen lebt die Familie von einem Tag zum anderen.“ Die Sache muß wahr sein, denn die Agenca Savas sendet sie in die Welt, und offizielle Telegraphenbüros haben bisher, so wie die Habsburger, noch immer die Wahrheit gesprochen. Ueber diesen jähen Wechsel des Schicksals darf sich jeden menschlich Empfindenden das Herz in Leibe umbrechen. Man denke: Bis zum November 1918 hat jedem Prinzen und jeder Prinzessin, die das Kaninchenpaar in der Hofburg so pünktlich alle 10 Monate zeugte, eine besondere hochadelige Hofdame den hochfürstlichen Popo gefäubert und jetzt — die Stimme versagt uns vor Rührung! Was können die armen Würmchen, voran der durch die Gnade Gottes zur Regierung „seiner Völker“ erklärte blonde (oder braune? in den drei Jahren Republik verpicht man das Wichtigste!) Otto dafür, daß ihr Herr Papa ein Schutz ist und wieder eben jetzt Tausende von Menschen in Angst und Not, einen halben Erbleib in Kriegsgefahr gestürzt hat? Des halb sollen die Kleinen nicht mehr täglich ihre Geflügel-pastete, ihr Schokoladentörtchen und ihre Schlagenfahne essen und im Automobilen spazieren fahren? Schrecklich! Schrecklich!!! Ein Trost ist ihnen wenigstens geblieben. Batti darf ihnen trotz seiner Not, täglich einmal, was wieder ein Wiener Schmod berichtet, seine Liebe telegraphisch melden und sie dürfen ihm telegraphisch antworten. Daß solches erlaubt wird, verlangt die simpelste Humanität und, durch dieses Beispiel angeregt, haben der tschechoslowakische Kriegs- mit dem Postminister vereinbart, daß den Mobilisiererten und ihren Angehörigen zum gleichen Zweck der Staats-telegraph gratis zur Verfügung gestellt werde. Man sieht also: die guten Habsburger, die mehr denn 700 Jahre lang unsere Vorsehung waren, erwirken auch noch ein Exil für die Mobilisier-ten Gnaden über Gnaben. Wobei es weiter keine Rolle spielt, daß es ohne Habsburger auch keine Mobilisiererten gäbe.

Wie war es doch so hübsch! Der Habsburger Karl ist zwar nicht mehr König von Ungarn, aber er war es wenigstens für etliche Stunden. Und die Herrlichkeit dieser Stunden lieft sich wie das Libretto einer Operette. Die Sonntagsnummer der „Debenburger Zeitung“ meldet darüber im Stille des „Berliner Solalangeigers“ wie folgt: „König Karl hat um 6 Uhr im Dorfe Däsendorf in Gesellschaft der Königin Rita, des Legationssekretär Vorobiesewski, der Piloten Alex und Fokete und eines bayerischen Piloten im

er mußte seinen Kram wieder zusammenpacken, Sintern Stadel, eben da, wo er ihn so vergnügt und in seinem Gott zufriedenen hergerichtet, sah er damit und kränkte sich sehr. Er fühlte sich verkannt. Und in lauter Rührung, nis und Herzleid ah er allein alles auf, das er bei sich hatte, nachdem es doch schade gewesen wäre, die gute Gottesgabe wegen anderer Un-verstand vor die Hunde zu werfen. Geschade! hat ihm das Maß nicht, so ausgiebig es war, und obwar er nicht einmal etwas bei sich hatte, es zu verschwemmen.

Was war das doch für ein Abend auf der Welt! Niemand begriff es einer, wie es der andere mit ihm meinte, und immer wollt' er ihn anders haben. Ja, wenn das nur so leicht ginge, aus seiner Haut fahren, und wenn man nur vorher wissen könnte, wie einem die passen möchte, daren man schlüpfen soll... Und auf diese Ruzena, an der nichts war, nur Knochen mit einer gelben Haut überzogen, auf daß hatt' er eine rechtlicheffene Tut. Warum hob meisterte sie an ihm herum, und gar, warum ließ er sich's gefallen? Das machte eben, es hatte ein dankbares Gemüt und war nicht so wie andere. Den wahren, den letzten Grund gestand er sich selbst nicht.

So ward es Frühjahr und die strengere Zeit bereit begann.

Der Wojtech tat mit. Aber als er zum ersten mal die blaue Sämannschürze an sich hatte und die schöne, goldblanke Gerste, die so kühlend und feidig durch die Finger rann, austreufte in die fette, schwarze Erde, deren guter und kräftiger Geruch ihn umdampfte, so sah er dennoch wie zweifelnd an sich nieder. Er gefiel sich nicht so ganz.

(Fortsetzung folgt.)

Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Sie ließ ihn aufheben und zu sich ins Haus tragen. Er war völlig steif; sein Gesicht ganz mit Blut beronnen. Es brauchte lange Zeit, ehe er wieder zu sich kam und seinen ersten ordentlichen Schnauer tat. Der Ruzena ward dabei im Innersten leichter: so, als hätte sie einen Mord verhütet, der sich unter ihren Augen begeben wollte, oder mindestens ein schweres Unglück, das sie borem einmal, als es ihr näher gegangen war, nicht hatte verhindern können.

Dem Herrmann aber war sehr wohl. Er fühlte sich — Gott weiß, nach welcher Zeit wieder? — in einem ordentlichen Bett. Und eine weiche Hand wusch an seinen Wunden. Er richtete sich ein wenig auf und stöhnte mächtig; öffnete die verquollenen Augen und sah sein neues Gewand, mit dem er noch manchemal Staat zu machen gehofft, das durchaus zerissen, ärger war, als das er von sich getan, weil man damit schon gar nicht mehr unter die Leute gehen konnte. Ein häßliches Grinsen ging über sein breites Gesicht: „Ich sag's immer. In einem Saderlaken hält sich kein gutes Kleid. Er brennt's durch wie das Feuer,“ und er sank zurück und in eine neue schwere Ohnmacht.

Es war eine lange und mühsame Genesung. Wojtech Herrmann schien einen innerlichen Schaden genommen zu haben. Denn er hustete viel und hatte immerfort das Stechen in der Brust, vor dem sich Bauersleute am meisten fürchteten.

Sah sie ihn so schwach und hilflos, der einmal mit seinen Streichen das ganze Dorf erfüllt und rebellisch gemacht, dann regte sich's mächtig

in der Brust der Ruzena. Die Ähnlichkeit mit dem Gesicht ihres Bruders, bei dem's nur leidet so viel schlimmer ausgegangen war, erweckte in ihr das edelste weibliche Mitleiden.

Auch verirrte sich der Lump mit dem Krüppel vorrechtlich. Einträchtig saßen sie auf derselben Bank. Er führte den armen Willem zu Tisch, fütterte ihn mit den besten Brocken und leitete ihn hernach wieder an einen Platz, wo er's recht warm hatte, ohne daß er jemandem im Wege stand.

Wie ein Bruder war er zu ihm, wie ein leibhaftiger Bruder. Er hatte sehr geschickte Finger. Und so erkannte und schnitzelte er denn Spielereien; eine Windmühle, die sich drehte, mit einer wirklichen Blode, die zeitweise läutete und dem armen Krüppel tausend Spaß machte. Die Ruzena erkannte das dankbar. Schon daß sie nicht immer um den Sichen sein mußte — nicht in jeder Arbeit und jedem Gedanken durch die ewige Sorge um ihn und ob ihm in seiner Hilflosigkeit nicht etwas justische, gestört zu sein, darin lag für sie eine wesentliche Hilfe und eine große Beruhigung.

Und so verging der Winter dem Wojtech völlig wie im Himmel. Er hatt' es warm. Sein Tisch war gedeckt. Man war freundlich zu ihm. Denn man hatte sich mehr und mehr an ihn und seine Wunderlichkeiten gewöhnt, die er natürlich nicht so im Handumdrehen von sich tun konnte.

Zum Beispiel es geschah ihm tanner wieder, daß er sich wie ein anderer ordentlicher Mensch in seinem Bett niederlegte. Erwacht, fand er sich zu seiner großen Verwunderung im Stall oder im Heu, ohne Ahnung, wie er dahin gekommen sein konnte.

Aber um das Vieh nahm er sich mit einer großen Liebe an. Und das gedieh; darauf verstand er sich aus dem Grund. Hiet er der Ruzena zu Kauf oder Verkauf, es lohnte sich immer, und sie folgte ihm da bald blind und mit dem besten Vertrauen.

gen zu Kauf oder Verkauf, es lohnte sich immer, und sie folgte ihm da bald blind und mit dem besten Vertrauen.

Auch erkannte er fallen, höchst sinnreich und von einer unerhörten Vortrefflichkeit gegen alle Arten von Angeziefen. Wie ihm das alles einfiel und welche Geduld er hatte, bis sein Gedanke ganz in der Vollenbung ins Leben getreten war, wie er sich ihn vorgestellt, das mußte man einfach bestaunen. Der Capel-Hof hatte Ruhe von Mäusen und Ratten, und im Garten lebte keinerlei Gezielt mehr.

Nachdem er doch niemals einen Kreuzer Geld hatte, so entfiel manche Verführung für ihn. Seinen Tabak, sobald ihm der Doktor das Rauchen erst wieder gestattet hatte, bekam er pünktlich jeden Sonntag für die ganze Woche. Den kaufte und mischte ihm die Ruzena selber, gut und reichlich, denn sie kniderte niemals.

Es hatte ein einzig Mal in der ganzen Zeit Verdruß gegeben. Nämlich: einmal hatte sich der Wojtech weggeschlichen. Da er heimkam, machte er sich heimlich hinterm Stadel ein Feuer und arbeitete dort für sich und sehr vergnügt, und es lief ihm dabei immer das Wasser im Mund zusammen. Zu Abend kam's heraus, was er getrieben hatte, denn er trug zwei Rebhühner und einen Hasen ganz stolz auf, die er gefangen und nach seiner Art zubereitet hatte. Die Ruzena fuhr auf. Das sei gestohlen, und sie leide weder Diebsgut noch einen Dieb unter ihrem Dach. Sie war eben eine ganz eigene Person.

Wojtech bezog sein Gesicht. Er bot: man möchte doch nur kosten, ob man was schmecke? Und die Socken sahen wirklich lockend aus, so sehr, daß der Krüppel mit einem Gurgellaut die Hand danach ausstreckte. Zum erstenmal stieß sie ihm die Ruzena weg. Der Wojtech warrte, aber es blieb ihm nichts übrig.

Flugzeuge die Reise angetreten. Schon auf baherischem Boden drohte dem Flugzeug Notlage, der Pilot behob jedoch in der Luft den Fehler, so daß das Fahrzeug seinen Weg fortsetzen konnte. In Denesfa im Komitat Oedenburg, einige Kilometer vor dem Schlosse des Obergepanns Grafen Strak, senkte sich das Flugzeug. Hier wurde das königliche Paar festlich empfangen und stieg im gräflichen Schlosse ab. Zur Erinnerung an die Fahrt wurde das Flugzeug „Denesfa“ getauft. Nach kurzem Aufenthalt begab sich der König in Begleitung der Königin nach Oedenburg, das von der Ankunft des königlichen Paares bereits verständigt worden war, wo die von Ojzenburg befehligte Garnison den König erwartete. Hier empfing auch Oberst Lehar den König, der ihn umarmte und gleichzeitig zum General ernannte. In Begleitung Lehars schritt der König die vom Ojzenburg-Detachement gestellte Ehrenkompagnie ab. Der König ernannte Ojzenburg zum Oberst. Ojzenburg berichtete über den militärischen Stand, welche Meldung der König und die in Grau gekleidete Königin entgegennahmen. Auf dem Wege von Denesfa nach Oedenburg begleiteten das Königspaar Rakovszky, Andrássy und Oberst Köhler. In Oedenburg wurden Extraausgaben veranfaßt, die mittelsten, daß der König die königliche Gewalt wieder übernommen habe. Nach Erledigung der militärischen Formalitäten zog der König mit den in Oedenburg weilenden Politikern zurück und betraute Rakovszky mit der Bildung des Kabinetts. Rakovszky unterbreitete die Liste der Regierung. Danach setzt sich das Kabinett folgendermaßen zusammen: Präsidium — Rakovszky, Inneres — Beniczky, Ackerwesen — Andrássy, Finanzen — Graf, Sonstiges — Lehar, Kultus, Handel, Ackerbau und Volkswirtschaft sind noch nicht besetzt. Am 3 Uhr nachmittags entfernten sich das königliche Paar und seine Begleitung in drei Militärzügen von Oedenburg nach Budapest. In der Begleitung des Königs befinden sich neben Ojzenburg auch Baron Lehar.

Zertrümmerung des Maria Theresia-Denkmal in Preßburg. Das Maria Theresia-Denkmal in Preßburg, ein sehr schönes Werk des außerordentlich begabten ungarischen Bildhauers Johann Hadrász, stand früher am Donauufer und war die Hauptzierde der Stadt. Nun befand es sich aber schon seit Monaten in Holzverschalung, da die Behörden befürchteten, daß das Denkmal von Legionären zerstört werden könnte. Mittwoch nachmittags hat nun ein Trupp von chauvinistischen Demokraten die Holzverschalung zerhaut und die Hauptfigur und Nebenfiguren mit Seilen vom hohen Sockel heruntergerissen. Das Pferd, auf welchem die Hauptfigur saß, vermochten sie nicht zu entfernen. Das Zerstückwerk dauerte ungefähr drei Stunden; die Polizei unternahm keine Schritte um die Zerstörung zu verhindern. Die Menge zog dann durch die Straßen der Stadt und rief die ungarischen Firmenschilder sowie andere Tafeln und Aufschriften in ungarischer Sprache herunter.

Für die Trennung von Kirche und Schule. Der Ortschulrat Grottau hat in seiner Sitzung am 14. Okt. mit 11 gegen die 2 Stimmen der Christlichsozialen beschlossen, die maßgebenden Stellen zu ersuchen, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß der Gesekentwurf über Trennung von Kirche und Schule zum Gesek erhoben werde und unbedinglich in Wirksamkeit trete. Die Forderung der konfessionellen Schule ist pädagogischen Gründen entgegengeeksetzt und gründet sich hauptsächlich auf politische Machtgelenke. Deshalb keine konfessionelle Schule, welche Geistes- und Glaubensfreiheit gewährleistet und aus welcher einst erzogene Kinder als freie Staatsbürger hervorgehen.

Hochverratschneffelei. Das Tsch. P. meldet aus Kaschau: Die Polizeidirektion in Kaschau ließ Mittwoch in der Druckerei und den Redaktionslokalitäten des „Eesti Usag“, dessen Erscheinen soeben vom Ministerium mit der Vollmacht für die Slowakei eingestellt wurde, eine Durchsuchung vornehmen und hierauf den Redakteur dieses Blattes, Julius Koton, wegen nachgewiesener Beziehungen zur ungarischen auswärtigen Presse und wegen seines systematischen feindseligen Auftretens gegen den tschechoslowakischen Staat verhaften. Ferner wurde der Redakteur des „Kassai Naplo“ Ladislaus Dzuranyi und der Kontrollor der elektrischen Unternehmungen in Kaschau Franz Wolnar verhaftet.

Enthebungsantrag für die Gemeindeangestellten. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik hat am 25. Oktober 1921 beim Ministerium für nationale Verteidigung den Antrag gestellt, daß alle Beamten und Angestellten der Bezirke und Gemeinden, für welche von ihrer Dienstbehörde ein Enthebungsantrag gestellt wird, vorläufig bis zur Entscheidung über diesen Enthebungsantrag von der Einrückungspflicht anlässlich der Mobilisierung entbunden und auf ihrem Dienstposten belassen werden.

Eine Resolution der Wehrpflichtigen in Värningen. In Värningen fand am Dienstag den 25. Oktober im Rathaus eine öffentliche Versammlung der Wehrpflichtigen statt in der die nachstehende Resolution angenommen wurde: Im Vertrauen auf das volle Verantwortungsgefühl der tschechoslowakischen Regierung sowohl, als auch auf das unserer gewählten

Vollvertreter und in der Erkenntnis, daß eine wirksame Einflussnahme des Volkes auf den Gang der ersten Ereignisse nicht im Bereiche der Möglichkeit liegt, sieht sich die Versammlung veranlaßt zu erklären, daß sie von allen verantwortlichen Faktoren des Staates die den heutigen Verhältnissen angepaßte volle Fürsorge für die dahingeheliebenen erwartet, daß dieselben Faktoren für menschenwürdige Behandlung der eingerückten Wehrpflichtigen sorgen, daß dem von neuem emporstehenden Wucherer-Schiebertume energisch zu Leibe gegangen werde und daß vor allem die Kraft unseres Volkes nicht für imperialistische Zwecke mißbraucht werden wird. Diese Resolution ergeht an die politische Behörde und an die deutschen Abgeordneten aller Parteien.

Angestellte, Achtung! Die „Angestelltenzeitung“, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, macht aufmerksam, daß die anlässlich der Mobilisierung zum Militärdienst einberufenen Angestellten den Anspruch auf die Bezüge bis zur Dauer von 4 Wochen behalten, wenn das Dienstverhältnis bereits ein Jahr gedauert hat.

Ausfrierhaltung der Dienstverhältnisse. Die Abgeordneten Siroch, Foll, Taub und Genossen haben folgenden Antrag gestellt: Die Regierungsverordnung vom 23. Juni 1921, Slg. Nr. 218, kundgemacht am 27. Juni 1921 bestimmt, daß die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfrierhaltung der Dienstverhältnisse der dem Handlungsgehilfengesek unterliegenden Dienstnehmer bis zum 31. Dezember 1921 verlängert wird. Die Regierungsverordnung wurde unter Berücksichtigung der ungewöhnlichen sozialen Verhältnisse erlassen und besagt, daß das Dienstverhältnis unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens 6 Wochen und bei länger als 10 Jahre dauernden Dienstverhältnissen von 3 Monaten endigend mit Quartalschluß gelöst werden kann. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur nicht gebessert haben, sondern der besondere Schutz der Angestellten mehr denn je notwendig ist, wird beantragt: Die Wirksamkeit der Regierungsverordnung vom 23. Juni 1921, Slg. Nr. 218 bis zum 31. Dezember 1922 zu verlängern.

Die deutschen Syndikalisten schüder die „Frankfurter Zeitung“ in nachstehender Weise: In Düsseldorf haben die deutschen Syndikalisten ihren Kongreß abgehalten. Das sind Arbeitergruppen, die durch ihren Gegensatz zu den zentralistischen Organisationen der Gewerkschaften und der Parteien zusammengehalten werden, aber im übrigen mancherlei Färbungen aufweisen. In der jüngsten Zeit sind einige kleine Sekten hinzugekommen, die sich Individualanarchisten, Siedlungskommunisten und anders nennen. Manche ihrer Mitglieder sind schon äußerlich erkennbar. Auf dem Kongresse sahen sie in wallenden Loden und merkwürdigen Bekleidung, die an „gustaf nagel“ erinnern. Sie sind von einer Art religiösen Geistes erfüllt und predigen: keine Agitation in der Masse, die Masse ist unerschütterbar, sammelt wenige Auserwählte, die durch das Beispiel wirken! Diesem Geiste am nächsten steht eine Berliner Richtung der Syndikalisten, die jede Anwendung der Gewalt ablehnt und bisher über das Berliner Organ „Der Syndikalist“ verfügte. Anders ist die Berliner Opposition und insbesondere der Syndikalismus im Ruhrgebiet, der keineswegs gegen Gewalt ist. Eine Zeit lang schien er dort kräftig zu werden, aber das ist nun wohl vorüber. Der Geschäftsbericht, der auf dem Kongreß gegeben wurde, läßt erkennen, daß die Bewegung in die Deutschland ohnehin nie sehr groß war, zurüdgegangen ist. Gelagt wird auch über den Mangel an Gemeinschaftsgeist. Wie der „Gewerkschaftliche Nachrichtenbericht“ berichtet, haben einzelne Ortsgruppen in ihrer Feindschaft gegen zentralistische Bureautik nicht nur die Mitgliedsbeiträge abgekürzt, sondern auch die Beitragszahlung. Sie nehmen in Streitfällen die Solidaritätsgelder der übrigen Bezirke an, aber ihr Selbstbestimmungsrecht läßt es nicht zu, selber an andere zu zahlen. Die Opposition hat den einen Erfolg, daß die Redaktion des Berliner Organs wechselt. Bei der Wahl des Redakteurs erhielten der bisherige und Franz Köster die gleiche Stimmenzahl. Dann wurde aus einem Nichtstun Franz Köster gezogen, der als ein konfuser alter Herr geschildert wird und zu der Gewalt-Richtung gehört. Man sieht, es sind sehr verschiedenartige Elemente beisammen: „Suchende“ und andere und ganz andere Leute. Eine praktische Bedeutung hat die Bewegung wohl kaum mehr. Immerhin, auch sie gehört zu dem Bilde unserer Zeit.

14.000 Ukrainer verhaftet. Das westukrainische Preßbureau meldet: Der Führer der ukrainischen Sozialdemokratie Leo Rankiwic wurde am 23. ds. im Gerichtssaale, in welchem er als Verteidiger fungierte, verhaftet. Im Zusammenhang mit der von den Polen in der Westukraine angeordneten widerrechtlichen Volkszählung wurden dort mehr als 14.000 Ukrainer verhaftet. — Diese Meldung beweist neuerlich, wie es um das Recht der Minderheitsvölker in Polen ausieht. Seinerzeit wurde verlautbart, daß die Volkszählung nur zu statistischen Zwecken vorgenommen werde. Die 14 Tausend verhafteten Ukrainer sind eben „politische“ Statist.

Die Verkürzungen gehen schon an. Die Zentraldirektion der Tabakregie verlautbart: Die Ausgabe der Sport- und Zora-Zigaretten wurde mit 26. Oktober für kurze Zeit eingestellt, damit die bereitstehenden Vorräte an diesen Zigaretten dem Militär zur Verfügung gestellt werden. Die Zentraldirektion der Tabakregie hat aber zugleich Vorkehrungen getroffen, daß die Ausgabe dieser Zigaretten demnachst auch für die zivilen Konsumenten eine normale sei.

Der vorübergehende Mangel an Salz — so heißt es in einer Mitteilung des Tsch. P. — der ungefähr vor 14 Tagen eingetreten ist und keineswegs mit der Mobilisierung in Zusammenhang steht, wird in absehbarer Zeit beseitigt werden, sobald eine genügende Zahl von Waggons zur Einfuhr von Salz aus Deutschland und der Slowakei frei werden wird. Deshalb ist es vollständig überflüssig, sich mit Salz zu versorgen, auch schon deshalb, weil infolge des Rückganges der Mark die weiteren Einfuhren von Salz billiger sein werden. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß von den Sendungen, die von Deutschland nach Tetschen unterwegs sind, eine größere Menge von Salz nach Prag geschickt wird. — Wir erinnern uns bei dieser Meldung sehr lebhaft an gewisse Beruhigungsversuche aus dem Jahre 1914 und den folgenden Jahren.

Ludwig Windischgratz in Eger verhaftet. Wie die „Tribuna“ meldet, wurde in der Grenzstation Eger Ludwig Windischgratz, der Helfershelfer Karls verhaftet. Er hatte die Kühnheit, von Paris über die Tschechoslowakei nach Budapest auf Grund eines magyarischen diplomatischen Passes zu reisen, der nicht mit dem Visum des tschechoslow. Konsulates versehen war. Windischgratz besitzt Güter in der Slowakei.

Große Einbruchsdiebstähle. In der Nacht auf den 22. Oktober brachen unbekannte Täter in die Kanzlei der Gemeindegasse in Postreimov ein und entwendeten 6700 Kr., ferner Schuldverschreibungen der Mährischen Bank auf 10.000 Kr., Kommunalschuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Bank in Brünn auf 1000 Kr., 4prozentige Staatsanleihe um 5000 Kr., Freizeitanleihe zu 2000 Kr. und noch weitere kleinere Beträge. Außerdem stahlen sie noch allerlei Kanzleigegenstände, beschädigten eine Schreibmaschine und sprengten alle Schubläden. — In der Nacht auf den 21. Oktober brachen Diebe in die Kanzlei des Gemeindegastes in Galantia ein und entwendeten 17.000 Kronen Banknoten und 14.000 Kr. Silbergeld.

Kriegsgefahr und Mobilisierung.

Vertrauensmännerberausammlungen. In diesen Tagen treten in allen Kreisen die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Sitzungen zusammen, um sich mit der internationalen politischen Lage und der Stellung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Kriegsgefahr und zur Mobilisierung zu beschäftigen.

Die Kreisvertretung Karlsbad hielt am Dienstag eine Sitzung ab und sagte einstimmig einen Beschluß, in dem es unter anderem heißt: „Die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie Westböhmens begrüßen die in dem Manifest vom 20. Oktober festgehaltene Stellung des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie die Haltung des Genossen Dr. Czech als Redner der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Außenaustrich.“

Es ist Sache der großen Entente, alle jene Maßnahmen zu treffen, um das österreichische Proletariat vor der ständigen Bedrohung durch Ungarn zu schützen. Die Arbeiter Westböhmens werden ihre revolutionären Pflichten niemals vergessen, so wenig wie die deutschen Arbeiter überhaupt. Sie sind auch davon überzeugt, daß die Sozialisten Englands, Frankreichs und Italiens auf die Regierungen ihrer Staaten einen ihrer Macht entsprechenden Druck ausüben werden. Sie verlangen, daß kein Mittel unversucht gelassen werde, den Frieden zu erhalten. Die Vertrauensmänner der westböhmischn Arbeiterpartei werden sich mit aller Schärfe gegen jene niederträchtigen Gegner, die in Eger die Lüge verbreiteten, die Sozialdemokraten seien für den Krieg, und sie erheben gegen die Regierung dieses Staates die Anklage, daß sie nicht dafür Sorge trug, die nachschliegenden wirtschaftlichen Folgen der Mobilisierung, vor allem das Hamstern von Lebensmitteln, unmöglich zu machen. Sie fordern, daß die Vorräte bei den Landwirten, Kaufleuten und Speditoren erhoben und daß der Verkauf nur in beschränktem Maße zugelassen werde. Sie fordern weiter, daß gegen alle Personen, welche sich der Preistreiberei auch nur im kleinsten Umfange schuldig machen, allerstrengstens vorgegangen werde.

Am Sonntag werden im Karlsbader Kreis mit der Tagesordnung „Die mitteleuropäische Reaktion und Kriegsgefahr“ in folgenden Städten Versammlungen abgehalten: Karlsbad, Reudel, Falkenau,

Königsberg, Graslitz, Chaban, Schlaggenwald, Petschau, Buchau, Ruditz, Tepl, Joachimsthal und Weipert.

Dienstag abends fand in Komotau eine Plenarversammlung der Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Bezirksorganisation statt. Genosse Jaksch referierte und begründete in seinem Referate „Die politische Lage“ die bisherige Stellungnahme der Partei. Er führte unter anderem aus: „Die Sozialdemokratie ist nach wie vor eine erbitterte Gegnerin des Krieges. Trotzdem darf kein Angriff der Reaktion ohne Abwehr bleiben. Deshalb hat sich unsere Partei für eine energische Abwehr der Reaktion ausgesprochen, verlegte aber ihr ganzes Bestreben darauf, zu erreichen, daß die Konterrevolution mit unblutigen Waffen niederbezungen werde. Zum Schluß stellte Genosse Jaksch noch fest, daß in dieser Situation zum ersten Male ein proletarische Einheitsfront in der Tschechoslowakei hergestellt sei, die von den Kommunisten über die beiden sozialdemokratischen Parteien bis zu den tschechischen Nationalsozialisten reicht. Die Vertrauensmännerversammlung in Komotau hat ihren Zweck, die Vertrauensmänner über den Standpunkt der Partei zu informieren, zweifellos erfüllt.“

Die Kreisvertretung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz nahm Donnerstag in einer Sitzung zur politischen Lage und der Haltung der Partei Stellung. Wir werden über diese Konferenz berichten.

Mittwoch abends hatten sich in Aussig die Vertrauensmänner der Partei und Gewerkschaften zusammengefunden, um die politische Lage zu besprechen. Genosse Belina sagte in seinem Referat unter anderem: „Die Arbeiterschaft ist gegen den Krieg, sie wird aber auf der Wache stehen und im Notfalle mit allen Mitteln eine Stärkung der Reaktion abzuwehren wissen. Es handelt sich dabei nicht um die tschechoslowakische Republik schlechthin, sondern um die Errungenschaften der Revolution, die verteidigt werden müssen und die Reaktion soll uns auf dem Wege finden. Der Verlauf der Debatte bewies, daß die Vertrauensmänner in Aussig sich klar sind über die großen Opfer, die die Ereignisse der Arbeiterschaft auferlegen, daß sie aber, wenn auch schweren Herzens, bereit sind, die gegen die Unterdrückung der Reaktion notwendigen Maßnahmen zu unterstützen.“

Die politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmänner von Bodenbach hielten am Mittwoch Abend eine Plenarversammlung ab, in der Genosse Kögler die politische Lage und die Stellung der Partei zur drohenden Kriegsgefahr besprach. Auch hier zeigte sich, daß sich die Vertrauensmänner darüber völlig einig sind, daß die Arbeiterschaft jede reaktionäre Gefahr beseitigen müsse und sich nie mehr unter das Joch der Habsburger beugen werde.

Die Teplitzer Arbeiter zur politischen Lage.

Teplitz, 27. Oktober. Gestern abends fand eine ungemein stark besuchte Versammlung der Vertrauensmänner der Gewerkschaftsorganisationen des Teplitzer Bezirkes statt, in welcher Genosse Hofbauer über die Kriegsgefahr und die Haltung der Partei sprach. Nach längerer Wechselrede war ersichtlich, daß die Vertrauensmänner die Situation vollständig erfaßten. Es wurde einstimmig eine Entschlüsselung angenommen, in der die Vertrauensmänner erklären, sich den vom sozialdemokratischen Parteivorstand erhobenen Forderungen anzuschließen. Die Regierung möge alle friedlichen Mittel bis zum Neuesten erschöpfen, um das karlistische Abenteuer ohne Blutvergießen zu beenden. Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist in diesem Augenblicke den Frieden zu erhalten. Wenn die Regierung in diesem Augenblicke von der Arbeiterschaft verlangt, daß sie mit ihrem Leben für die Republik eintrete, muß sie sich aber auch dessen bewußt werden, daß diese Arbeiter nicht als Staatsbürger minderer Rechte behandelt sein wollen, weder als Einzelpersonen noch als Nation. Die Versammlung protestiert gegen die Verkündung des Kriegsdienstleistungsgesekes, das die Arbeiter neuerlich der Willkür des Unternehmensmenschen und willfähriger Behörden ausliefert. Sie fordert sofortige Regelung der Frage der Unterhaltungsbeiträge unter Rücksichtnahme auf die herrschende Leuerung und verlangt einschneidende Regierungsmassnahmen gegen den aufschwerste fühlbar werdenden Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgüter. Sie protestiert gegen jede etwaige Anknüpfung der gegenwärtigen Situation zu reaktionären Maßnahmen auszunützen, gegen den etwaigen Versuch der Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte. Die versammelten Vertrauensmänner erklären schließlich, daß die Arbeiterschaft zwar zur entschlossenen Abwehr der monarchischen Reaktion bereit ist, daß sie sich aber mit der gleichen Entschiedenheit gegen jeden Präventivkrieg, gegen jedes Abenteuer stellen wird.